

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement 3.00 Mk. monatlich 1.10 Mk.
Wöchentlich 3 Pf. frei im Haus...

Worms

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Inserions-Gebühr
Betragt für die sechsstelligen Nummern...

Telegramm-Adresse:
Sozialdemokrat Berlin.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Mittwoch, den 16. Februar 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Oesterreichischer Luftangriff auf Mailand.

Die Aktion des Abgeordneten-

Wenn der unbefangene und unkundige Leser die Auseinandersetzungen über die Resolution des Abgeordneten-

In Wirklichkeit liegen die Dinge natürlich sehr wesentlich anders. Die Mehrheit der Kommission des Abgeordneten-

Die Budgetkommission des preussischen Abgeordnetenhauses oder, wie sie jetzt genannt wird, die Staatshaushaltskommission, hat in dieser Woche in mehreren langen Sitzungen sich mit den Fragen der auswärtigen Politik und der Kriegsführung beschäftigt.

Es hat in der Kommission auch nicht an starkem Widerspruch gegen die Auffassung und das Verhalten der Mehrheit gefehlt, ein Widerspruch, der besonders von den Mitgliedern der Fortschrittlichen Volkspartei sachlich begründet wurde...

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 15. Februar 1916. (W. L. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Südöstlich von Ypern nahmen unsere Truppen nach ausgiebiger Vorbereitung durch Artillerie- und Minenwerferfeuer etwa acht hundert Meter der englischen Stellungen. Ein großer Teil der feindlichen Grabenbesatzung fiel, ein Offizier und einige Dutzend Leute wurden gefangen genommen.

An der Straße Lens-Bethune besetzten wir nach erfolgreicher Spengung den Trichterrand. Der Gegner setzt die Beschichtung von Lens und seiner Vororte fort.

Südlich der Somme schlossen sich an vergebliche französische Handgranatenangriffe heftige, bis in die Nacht andauernde Artilleriekämpfe an.

Nordwestlich von Reims blieben französische Gasangriffversuche wirkungslos.

In der Champagne erfolgte nach starker Feuertvorbereitung ein schwächlicher Angriff gegen unsere neue Stellung nordwestlich von Tahure. Er wurde leicht abgewiesen.

Westlich der Maas lebhaftes Feuer gegen unsere Front zwischen Flabas und Ornes.

Ein nächtlicher Gegenangriff der Franzosen ist vor der ihnen entziffenen Stellung bei Obersept gescheitert.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Lage ist im allgemeinen unverändert. An der Front der Armee des Generals Grafen von Bothmer fanden lebhafteste Artilleriekämpfe statt.

Bei Grobla (am Seret nordwestlich von Tarnopol) schoß ein deutscher Kampfflieger ein russisches Flugzeug ab; Führer und Beobachter sind tot.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Oberste Seeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 15. Februar. (W. L. B.) Amtlich wird verlautbart:

Russischer Kriegsschauplatz.

In Ostgalizien erhöhte Kampftätigkeit feindlicher Flieger ohne Erfolg. Nordwestlich von Tarnopol wurde ein russisches Flugzeug durch einen deutschen Kampfflieger zum Absturz gebracht; Insassen sind tot.

Italienischer Kriegsschauplatz.

An der Kärntner Front beschloß die feindliche Artillerie gestern unsere Stellungen beiderseits des Seisera- und Seebachtals (westlich Raibl). Am Witternacht eröffnete sie ein heftiges Feuer gegen die Front zwischen dem Jella-Tal und dem Wisch-Berg.

Bei Triest griffen die Italiener abends unsere neue Stellung im Bombengebiete an; sie wurden unter großen Verlusten abgewiesen. Die heftigen Geschlächtkämpfe an der küstentländischen Front dauern fort. Gestern früh belegte eines unserer Flugzeuggeschwader, bestehend aus elf Flugzeugen, den Bahnhof und Fabrikanlagen in Mailand mit Bomben. Wichtige Kanalenwidlung wurde beobachtet. Unbehindert durch Beobachtungsoffiziere planmäßig den Bombenabwurf. Der Luftkampf wurde durchweg zu unseren Gunsten entschieden. Die feindlichen Flieger räumten das Feld. Außerdem belegten mehrere Flugzeuge eine Fabrik vor Schio mit sichtlichem Erfolg mit Bomben. Alle Flugzeuge kehrten wohlbehalten zurück.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: von Doerer, Feldmarschalleutnant.

haft besprach, geäußert worden, daß die Budgetkommission, hauptsächlich veranlaßt von dem konservativen Führer, den man früher zuweilen den ungekrönten König nannte, sich so etwas in die Rolle des Konvents vertritt...

Sie hat die Veröffentlichung dieses Beschlusses nicht nur der sehr schwalligen Stilistik wegen abgelehnt, sondern auch aus dem sachlichen Grunde, daß man in dieser Zeit des angeblichen Wurfriedens nicht ein derartiges gegen den verantwortlichen Staatsmann und nicht gegen diesen allein gerichtetes Votum einer Kommission, also nicht einmal des Parlaments selbst, vor die Öffentlichkeit bringen wollte.

Wir wollen dieser Darstellung nur hinzufügen, daß selbstverständlich auch der Vertreter der sozialdemokratischen Partei den Widerspruch, der nach der Darstellung der „Frankfurter Zeitung“ von der Fortschrittlichen Volkspartei erhoben wurde, in der lebhaftesten Weise erhoben hat, und zwar, bevor verschiedene Vertreter der Fortschrittlichen Volkspartei ihre Auffassung dargelegt hatten.

Die „Frankfurter Zeitung“ und das „Berliner Tageblatt“ stehen allerdings mit ihrer Auffassung innerhalb der bürgerlichen Presse ziemlich isoliert, denn die Presse der Parteien, von denen der Vorstoß in der Kommission des Abgeordnetenhauses ausging, unterstützt ganz entschieden die Argumente ihrer Vertreter in der Kommission. So erklärt die „Magdeburger Zeitung“, daß zwar dem Vorstoß der Abgeordnetenhausmitglieder nicht die Absicht zugrunde gelegen habe, der Reichspolitik auf den rechten Weg zu verhelfen, daß sie es aber für ihre Pflicht gehalten hätten, aus vaterländischen Beweggründen heraus ihre Meinung zu sagen.

Natürlich meldet sich auch der Freiherr v. Hedlich sofort wieder, um das Recht des preussischen Abgeordnetenhauses der Reichsregierung gegenüber zu verteidigen. Der Reichstag sei nicht verammelt, die Presse kaltgestellt gewesen, deshalb habe wenigstens das preussische Volk durch seine geordnete Vertretung seine Auffassung über den U-Bootkrieg kundgeben dürfen. Der Beschluß sei nicht von der Absicht diktiert gewesen, die Grenze der Zuständigkeit des Abgeordnetenhauses zu überschreiten, sondern habe lediglich bezweckt, in so schwerer Stunde die Stimme des Volkes an der einzigen Stelle, an der sie sich zurzeit geltend machen kann, Gehör zu verschaffen.

Immer wieder begegnen wir also in der Presse der Verfechter der Resolution der preussischen Staatshaushaltskommission der Lesart, daß durch sie nur die Stimme des deutschen Volkes ihren Ausdruck habe finden sollen. Eigentümlich bleibt nur, daß diese Herren der Auffassung waren, daß es ihrer Rückensteifung erst bedürft habe, um die Reichsregierung auf den rechten Weg zu bringen.

Sehr richtig betont auch die „Frankfurter Zeitung“, daß diese Vorstöße gewisser Parteien in Preußen diesmal nicht zum erstenmal in Erscheinung traten. Bereits vor beinahe Jahresfrist konnte man in der preussischen Staatshaushaltskommission ganz die gleichen Vorstöße aus denselben Motiven heraus beobachten. Daß im September vorigen Jahres diese Kritik in der gleichen Körperschaft nicht ihre turbulente Fortsetzung fand, lag nur daran, daß damals das preussische Abgeordnetenhaus nicht zur Tagung verammelt war. Dafür erlebte man in der Presse ähnliche Vorstöße. Nicht nur in der deutschen Presse. Es ist deshalb ein wahrhaft kindliches Bemühen, wenn die Arrangeure dieser Oppositionspolitik gegen die Reichsregierung sich jetzt so anstellen, als ob sie sich bei ihrer Aktion im Grunde gar nichts gedacht hätten.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 15. Februar. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht von Montag nachmittag. Im Artois liegen wir südlich vom Wege Reubille-la Folie eine Mine springen. Südlich der Somme gestattete uns ein gestern am Schluß des Tages von unseren Truppen gegen die deutschen Werke südlich von Frise unternommener Angriff, einige Teile der Schützengräben zu besetzen. Ein feindlicher Gegenangriff wurde durch unser Feuer niedergemäht. Eine deutsche Kompanie wurde umzingelt und bezwungen. Ein Hauptmann und 70 Ueberlebende ergaben sich. Die Gesamtzahl der gegenwärtig in unserer Macht befindlichen Gefangenen beträgt etwa hundert. Auch mehrere Maschinengewehre blieben in unseren Händen. Nach Gefangenen-ausfragen und nach der Zahl der auf dem Schlachtfeld liegenden gebliebenen deutschen Leichname sind die feindlichen Verluste beträchtlich. In der Champagne liegen wir im Laufe eines gestern vom Feinde östlich von der Straße Tahure—Somme—a—By ausgeführten Angriffes drei Minenlammern einer in voraus unter den vorgehobenen Abschnitten, in die es ihm einzudringen gelungen war, vorbereitete Mine springen. Feindliche Versuche, bis zu unseren Schützengräben zweiter Linie vorzudringen, scheiterten vollkommen. Trotz ernstlicher Verluste, die ihm durch die Explosion unserer Minen und durch unser Artillerie-feuer zugefügt waren, behauptete der Feind diese vorgehobenen Abschnitte. Im oberen Elsass brachte gestern Abend eine neue Unternehmung der feindlichen Infanterie östlich von Seppois, der ein heftiges Bombardement vorausging, die Deutschen in den Besitz von ungefähr zweihundert Meter Schützengräben. Ein sofort unternommener Gegenangriff gab uns den größten Teil des Geländes zurück. Die sehr heftige Artillerietätigkeit in dieser Gegend dauert an.

Paris, 15. Februar. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht vom Montag Abend. In Belgien hat unsere Artillerie ein Munitionsdepot nördlich Voicinghe in die Luft gesprengt. Nördlich Soissons versuchte die feindliche Infanterie gestern Abend nach einem heftigen Bombardement auf der Straße nach Terny und am rechten Ufer der Aisne vorzudringen. Sie wurde durch unser Sperrfeuer und das Feuer der Infanterie gleich niedergebhalten. Auf dem Plateau von Baucelere war das Feuer unserer Artillerie gegen einen Vorprung der deutschen Linie wirksam. In der Champagne herrschte sehr lebhafteste Artillerietätigkeit in den Gegenden von Tahure, Massiges und Navaarin, aber kein Infanterieangriff. Im Oberelssas beschloß der Feind östlich von Seppois kräftig die vorgehobenen Abschnitte, die wir im Laufe der Nacht zurückgenommen hatten. In der gleichen Gegend belegten wir feindliche Verstärkungen, die von Niederlorg her in kleinen Gruppen vorwärts zu kommen suchten, mit Sperrfeuer.

Belgischer Bericht. Der Tag war verhältnismäßig ruhig. Im Abschnitt von Steenstraete wurde mit Bomben geflüpft. Unsere Batterien zersprengten einen deutschen Transport auf der Straße Dignuiden.

Die englische Meldung.

London, 14. Februar. (W. Z. V.) Das britische Hauptquartier meldet: Der deutsche Funkpruch berichtet von 40 britischen Gefangenen, die in einem Gefecht bei Willems eingedrungen worden sein sollen. Wir hatten dort 11 Vermisste, von denen 8 wahrscheinlich gefallen sind. Die Leute hatten die Deutschen bis hinter ihre Gräben verfolgt und gingen uns dadurch verloren. Gestern fanden 17 Luftgefechte statt. Eine große feindliche Doppelmotormaschine mußte hinter den feindlichen Linien landen. Der Feind ließ innerhalb der letzten 24 Stunden sieben Minen springen. Südlich des Grabens 8 ging den Explosionen ein heftiges Bombardement voraus, dem ein schwacher Infanterieangriff folgte. Nur wenige Feinde erreichten unsere Gräben und wurden sofort mit Handgranaten vertrieben.

Kriegsopfer unter der belgischen und französischen Zivilbevölkerung.

Berlin, 15. Februar. (W. Z. V.) Auch im Monat Januar ist die Einwohnerzahl der von uns besetzten belgischen und französischen Gebiete durch das Feuer ihrer eigenen Landleute und der Engländer wieder schwer getroffen worden. Eine sorgfältige Zusammenstellung dieser Verluste ergibt folgende Ziffern: Tot sind 10 Männer, 13 Frauen und 12 Kinder; verwundet 29 Männer, 43 Frauen und 27 Kinder. Insgesamt sind während des vergangenen Monats in dem besetzten Gebiete also 133 Personen von ihren Landleuten oder den Engländern getötet oder verkrüppelt worden.

Der russische Heeresbericht.

Petersburg, 15. Februar. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht vom 14. Februar. Westfront: Das lebhafteste Feuer dauert auf beiden Seiten an. Zwischen Olal und der Insel Dalen (12 Kilometer südwestlich Riga) stellten wir gute Wirkung unserer Artillerie fest. Südlich Dänaburg verwendete der Feind Bomben mit erstickenden Gasen. Kaukasus: Nach einer vorgestern in einem Fort der Festung Asshilaebda durch unsere Artillerie hervorgerufenen Explosion besetzten wir das Fort. Bei der Verfolgung der Türken machten wir von neuem zahlreiche Gefangene, erbeuteten sechs Geschütze und eine große Menge Munition.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 14. Februar. (W. Z. V.) Amtlicher Kriegsbericht. Am gestrigen Tage besonders heftige Artillerielämpfe in der Gegend des oberen Tizno, von wo auch feindliche Truppenbewegungen und große Tätigkeit bei den Verteidigungs- und Annäherungsarbeiten auf Seiten des Feindes gemeldet wurden. Cadorna.

Oesterreichische Flieger über Mailand.

Vera, 14. Februar. (W. Z. V.) Mailänder Blättern zufolge erschienen heute früh gegen neun Uhr über Mailand zwei oder drei aus der Richtung Brescia kommende österreichische Flugzeuge, die trotz heftiger Abwehrbeschießung ungefähr eine halbe Stunde lang die Stadt überflogen und Bomben abwarfen. Einige Brände konnten rasch gelöscht werden. Militärischer Schaden soll laut „Corriere della Sera“ nicht entstanden sein, es gab nur Opfer unter Privatpersonen. Von Mailand stiegen italienische Flieger zur Verfolgung auf.

Mailand, 14. Februar. (W. Z. V.) Meldung des Reuterschen Bureau. Heute früh gegen neun Uhr erschienen einige Flieger über der Stadt. Sie wurden aus Abwehrkanonen heftig beschossen und von italienischen Fliegergeschwadern angegriffen. Die feindlichen Flugzeuge verschwanden, nachdem sie einige Bomben abgeworfen hatten. Der Sachschaden ist unbedeutend. Von der bürgerlichen Bevölkerung wurden sechs Personen getötet und einige verwundet.

Vera, 15. Februar. (W. Z. V.) Agenzia Stefani meldet aus Vigenza, daß gestern feindliche Flugzeuge über Schio erschienen sind. Durch Bomben wurden sechs Personen getötet, andere verletzt.

Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 14. Februar. (W. Z. V.) Das Hauptquartier meldet: An der Front wurde festgestellt, daß der Feind infolge des erfolgkrönenden Ueberfalls, den wir am Vormittag des 7. Januar (?) gegen das englische Lager von Bathia (bei Korna) ausführten, gestochen ist und alle Lagergeräte, 500 Tote auf dem Platze gelassen hat. Außerdem wurde eine kleine feindliche Abteilung in dem gleichen Gefecht umzingelt und vollkommen aufgerieben. Weiter erlitt der Feind gelegentlich eines Ueberfalles, den wir gegen Sul el Schih, zwischen Korna und Nasria, unternahmen, schwere Verluste. Ein englischer politischer Agent wurde verwundet. An zwei Stellen wurden feindliche Hilfskräfte, deren Lager sich in der Umgebung befand, zum Rückzug gezwungen, als sie zum Entsatz herbeieilten. Sie ließen eine Menge Gefangener auf dem Gelände. Bei Felahie und Sul el Amara keine Veränderung.

An der Kaukasusfront nahmen im Zentrum die Vorpостengefechte an Festigkeit zu und breiteten sich in den letzten Tagen an einigen Stellen bis zu den vordersten Teilen der Hauptstellung aus. Feindliche Angriffe wurden durch Gegenangriffe angehalten. Zwei russische Flugzeuge wurden durch unser Feuer beschädigt und zum Landen gezwungen. Sonst nichts Neues.

Scharmügel in Ostafrika.

London, 15. Februar. (W. Z. V.) Meldung des Reuterschen Bureau. Nach Meldungen aus Ostafrika, die bis zum 15. Januar gehen, haben verschiedene erfolgreiche Scharmügel mit dem Feinde stattgefunden. Am 15. Januar wurde eine feindliche Abteilung zurückgetrieben, die versuchte, Bomben auf der Ugandabahn zu legen. Zwei Tage später griff eine Patrouille eine feindliche Patrouille bei Wangu an. Der Feind zog sich zurück. An der Küste griffen unsere Truppen die feindliche Streitmacht an und trieben sie auf die Hauptmacht des Feindes zurück. Am 7. Januar griffen sieben Flugzeuge zwei feindliche Lager bei Voi an der Ugandabahn an. Am 10. Januar wurde wieder eine feindliche Abteilung, die feindliche Bomben auf der Ugandabahn legen wollte, zurückgetrieben. Sonst ist alles ruhig.

(Notiz des W. Z. V.) Ueber den Inhalt und die Glaubwürdigkeit dieser Mitteilung ist an hiesiger amtlicher Stelle zurzeit nichts bekannt.)

Kein deutsches Kriegsschiff im Kattegat gesunken.

Berlin, 15. Februar. (W. Z. V.) In den letzten Tagen sind wiederholt in der fremden Presse (Quelle Reuters) Nachrichten über den Untergang eines großen deutschen Kriegsschiffes im Kattegat verbreitet worden. Hierzu wird uns von zuständiger Seite mitgeteilt, daß alle derartigen Nachrichten auf völlig freier Erfindung beruhen.

Zur Versenkung eines französischen Kreuzers.

Paris, 15. Februar. (W. Z. V.) Havasmeldung. Der Verlust des Kreuzers „Admiral Charner“ bestätigt sich. Man entdeckte in der Nähe der syrischen Küste ein Floß mit 18 Matrosen, von denen nur noch einer lebte. Dieser erzählte, daß die Versenkung am 8. Februar um 7 Uhr vormittags stattfand und daß der Kreuzer in wenigen Minuten sank, ohne seine Boote aussetzen zu können.

Entschuldigung wegen Neutralitätsverletzung.

Kopenhagen, 14. Februar. (W. Z. V.) Die Deutsche Regierung hat der dänischen Regierung ihr Bedauern darüber ausgesprochen, daß am 31. Januar ein deutsches Luftschiff wegen Nebelwetters irrtümlicherweise dänisches Gebiet an der Grenze in der Nähe von Vedstedt eine kurze Strecke überflogen hat.

Englische Maßnahmen zur Luftverteidigung.

London, 15. Februar. (W. Z. V.) Wie die „Daily Mail“ meldet, wird Lord French die gesamte Artillerie für die Luftverteidigung und die Verteidigungsflugzeuge außer den Wasserflugzeugen, die nach wie vor der Admiraltät unterstehen werden, befehligen. Unter Lord Frenchs Leitung wird in Whitehall ein großes Zentraldepartement für Luftverteidigung errichtet werden, das durch besondere Telephonlinien mit den Küstenstationen verbunden sein wird, so daß es alle Berichte über Annäherung feindlicher Luftfahrzeuge erhält und die nötigen Gegenmaßnahmen ergreifen kann. Die Küstenstationen und Flugzeugzentralen werden verstärkt werden, und es werden deutliche Instruktionen über die im Falle der Not zu ergreifenden Maßnahmen erlassen werden.

London, 15. Februar. (W. Z. V.) Wie „Daily Mail“ mitteilt, hat sich die Regierung gegen die Ernennung eines besonderen Ministers für Luftschiffahrt entschieden. Die volle Verantwortung für die Luftverteidigung wird in die Hände von Lord French gelegt.

Die Frage der bewaffneten Handelsschiffe.

London, 15. Februar. (W. Z. V.) Der Korrespondent der „Times“ meldet aus Washington, das Staatsdepartement sei nichtamtlich von England und Italien benachrichtigt worden, daß eine Weigerung, das Recht auf Bewaffnung von Handelsschiffen anzuerkennen, als ein peinlich überraschender Akt betrachtet würde. Das Staatsdepartement habe noch keine Entscheidung getroffen.

Der Ausgleich in der „Lusitania“-Frage.

Frankfurt a. M., 15. Februar. (Z. U.) Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Berlin: Die in den letzten Tagen aus Amerika gekommenen Berichte, in denen man mehr oder weniger bestimmt einen Ausgleich mit Deutschland in der „Lusitania“-Frage als sehr wahrscheinlich ankündigte, haben nun eine direkte Bestätigung amtlicher Natur durch eine gestern eingegangene Meldung erfahren, aus der zu entnehmen ist, daß eine Einigung in der Hauptsache erzielt ist, und daß die amerikanische Regierung nicht mehr auf der Fassung besteht, die nach der allgemeinen Stimmung in Deutschland und nach dem vom Reichskanzler in dem bekannten Interview scharf ausgeprochenen Standpunkt für uns nicht annehmbar gewesen wäre, weil sie unserer nationalen Ehre zu nahe getreten war, und uns die Waffe des Unterseeboottkrieges für alle Zukunft entwidnen hätte. Es wird jetzt für die einigende Formel eine neue Fassung ge-

lungen werden, und das scheint nicht mehr schwierig zu sein, weil man sich in der Sache verständigt hat.

Washington, 15. Februar. (Z. U.) Das Staatsdepartement hat nach einer Havas-Meldung am 15. Februar das deutsche Memorandum über den Unterseeboottkrieg erhalten.

Eine neue Berner Konferenz.

Bolffs Telegraphen-Bureau meldet aus Bern: In Bern fand eine Besprechung der Vertreter der Organisationen statt, welche an die von der Zimmerwälder Konferenz eingesetzte internationale sozialistische Konferenz angeschlossen sind. Die Verhandlungen dauerten vier Tage. Nach Entgegennahme der Situationsberichte aus den einzelnen Ländern, beschloß die Konferenz, eine zweite internationale sozialistische Konferenz auf Anfang April nach Holland einzuberufen. (Wir geben die Meldung unter Vorbehalt wieder.)

Auch England verlangt „Garantien“!

London, 15. Februar. (W. Z. V.) Neutermeldung. Die bei der Wiedereröffnung des Parlaments gehaltene Thronrede lautet: „Keine Mäkteten und mein Volk, die sich in diesem Konflikt mit immer stärker werdenden Väanden der Sympathie und Einverständnis vereinigt haben, bleiben fest entschlossen, Genugtuung für die Opfer des unprovozierten, nicht zu rechtfertigenden Verbrechens und wirksamere Garantien für alle Nationen gegen einen Ueberfall von Seiten einer Macht zu erhalten, die fälschlich Gewalt als Recht und Zweckmächtigkeit als Ehre betrachtet. Mit stolzem, dankbarem Vertrauen blicke ich auf den Mut, die Hartnäckigkeit und die Hilfsmittel meiner Flotte und Armee, von denen wir bei der würdigen Erreichung dieses Zieles abhängen. Das Unterhaus wird für die Finanzierung der Kriegsführung zu sorgen haben. Nur Maßregeln, die dazu beitragen, unser gemeinsames Ziel zu erreichen, werden dem Parlamente vorgelegt werden.“

Der englische Handel nach dem Kriege.

London, 15. Februar. (W. Z. V.) Die Handelskammern des Vereinigten Königreichs bestimmten den 20. Februar und die folgenden Tage zu einer Konferenz, welcher McKenna und Bonar Law beizuwohnen werden. Es soll dabei über den Handel nach dem Kriege beraten werden. Inzwischen sind von den verschiedenen Handelskammern ungefähr 70 Resolutionen eingelaufen. In einer wird gesagt, der Krieg habe gezeigt, daß die Stärke und Sicherheit der Nation in Zeiten der Gefahr in der Fähigkeit liege, alles Nötige in Fabriken, die auf heimatischem Boden stehen, zu produzieren. Eine andere schlägt vor, die Regierung solle sofort Schritte tun, um ein Ministerium für Handel und Industrie mit einem Handelsminister an der Spitze zu schaffen, der dem Kabinett angehöret. In einer weiteren Resolution wird ein Handelsbündnis mit den Entente-mächten gegen die jetzigen Feinde vorgeschlagen und angekündigt, daß im Falle daß die Regierung nicht darauf eingehe, die Handelskammern selbst Vertreter der Verbündeten und der britischen Dominions einladen sollen, um über diesen Gegenstand zu beraten.

Zwanzig Resolutionen fordern die Regierung auf, die Frage einer gegenseitigen Bevorzugung aller Teile des britischen Reiches und von auf Gegenseitigkeit beruhenden Handelsbeziehungen zwischen dem britischen Reich und den alliierten Ländern, ferner einer vorzugsweisen Behandlung der neutralen Länder sowie einer Regelung der Zölle und Handelsbeziehungen im Verkehr mit feindlichen Ländern in Erwägung zu ziehen. Weiter fordern sie die Regierung auf, Schritte zu tun, um die Rückkehr zu den vor dem Kriege herrschenden Verhältnissen unmöglich zu machen. Die Handelskammer von Manchester, einer Stadt, die bisher als Hochburg des Freihandels galt, verworf gestern den Antrag der Direktoren, daß die Freihandelspolitik nach dem Kriege fortgesetzt werde, und daß alle Versuche, ein Schutzollsystem einzuführen, zurückgewiesen werden sollten. Alle Redner betonten, daß es notwendig sei, Schritte zu tun, um den deutschen Handel nach dem Kriege auszuschließen oder einzuschränken.

Politische Verfolgungen in England.

In der Nacht des 8. Februar wurden drei Sozialisten, die an dem unterdrückten Wochenblatt „The Worker“ mitgearbeitet haben, und zwar die Genossen Walter Bell, William Gallacher und John Muir, verhaftet. Sie werden beschuldigt, in Glasgow versucht zu haben, Aufruhr, Unzufriedenheit in der Zivilbevölkerung zu stiften und die Erzeugung von Kriegsmaterial durch die Herausgabe, den Druck und die Verbreitung einer „The Worker“ betitelten Zeitung unter den in der Kriegsindustrie beschäftigten Arbeitern von Glasgow und Umgebung zu verhindern, zu verweigern oder einzuschränken. Das Gefolge der Verhafteten, auf freien Fuß gestellt zu werden, wurde abgelehnt. Eine große Zahl von Stimmungsgenossen zog am 9. Februar zum Gerichtsgebäude, um die Entscheidung über den Freilassungspruch zu erwarten.

Uniformierte Landarbeiterinnen.

Wie die „Daily News“ erzählt, hat die englische Regierung beschlossen, sich energisch für die weibliche Landarbeit einzusetzen. Es soll zu diesem Zwecke eine Art Rekrutierungskampagne eröffnet werden. Die Angeworbenen werden durch eine Armbinde kenntlich gemacht werden und das Recht erhalten, eine besondere Uniform zu tragen.

Neue Milliardenforderung in Frankreich.

Paris, 15. Februar. (W. Z. V.) (Meldung der Agence Havas.) Finanzminister Ribot hat der Kammer den Gesetzentwurf betreffend die provisorischen Kredite für das zweite Drittel 1916 vorgelegt. Die für den allgemeinen Staatshaushalt angeforderten Kredite belaufen sich auf sieben Milliarden, 818 Millionen Frank, von denen sechs Milliarden 333 Millionen für Kriegsausgaben bestimmt sind. Die dem Entwurf beigelegte Begründung stellt einen Vergleich zwischen der Lage des Schatzes am 31. Dezember 1914 und am 31. Dezember 1915 an. Der Betrag der Vorschüsse der Bank von Frankreich habe sich dank des Erfolges der Anleihe und der Bereitwilligkeit des Landes, dem Schatz einen großen Teil seiner Erpörnisse zuzuführen, nur um eine Milliarde 175 Millionen Frank erhöht. Der Betrag der im Umlauf befindlichen Vons der nationalen Verteidigung sei um fünf Milliarden 674 Millionen 584 Tausend Frank gewachsen. Dieser Status unseres Schatzes zeigt, heißt es weiter, daß wir von der Erschöpfung unserer Reserven weit entfernt sind.

Briand schweigt.

Paris, 14. Februar. (W. Z. V.) Die Agence Havas meldet: Briand empfing abends nach seiner Rückkehr in das Ministerium des Äußeren eine Reihe von politischen Persönlichkeiten. Er betonte, wie sehr er von dem ihm in Italien von Seiten des Königs, der Regierung und des Volkes bereiteten Empfang erfreut sei. Aus

einem sehr verständlichen Gefühl heraus lehnte Briand es ab, auch nur die kleinste Änderung über die Ergebnisse seines Besuchs in Italien zu geben. Er beschränkte sich darauf, zu wiederholen, daß er allen Grund gehabt habe, sich über denselben zu freuen und daß er einen äußerst befriedigenden Eindruck mit sich genommen habe.

Paris, 15. Februar. (W. Z. B.) Briand und Bourgeois erstatteten dem heutigen Ministerrat Bericht über ihre italienische Reise und gaben dabei ihrer großen Befriedigung über die erzielten Ergebnisse Ausdruck.

Änderung der türkischen Verfassung.

Konstantinopel, 14. Februar. (W. Z. B.) Im Beisein des Großwesirs und der Mehrzahl der Minister verhandelte die Kammer über einen Gesetzentwurf betreffend die Änderungen der Verfassung. Die Änderungen sind von der Regierung vorgeschlagen und betreffen namentlich das Recht des Herrschers, die Kammer aufzulösen, und das Recht des Senats, die Verfassung zu interpretieren. Nach der gegenwärtigen Verfassung war das Recht der Auflösung der Kammer durch Artikel 85 begrenzt, der die Auflösung der Kammer nur für den Fall von Meinungsverschiedenheiten zwischen der Regierung und der Kammer vorsieht, wenn die Kammer dem Vorschlag einer Regierung, auf dem diese beharrt, wiederholt zurückweist. In diesem Falle stand es dem Herrscher frei, das Kabinett zu wechseln oder die Kammer aufzulösen. Die neue Kammer, deren Ansicht verpflichtend sein sollte, müßte binnen vier Monaten zusammentreten. Die Regierung schlägt nun vor, den Artikel 85 gänzlich aufzuheben, so daß Artikel 7 über die Rechte des Herrschers diesem das unbeschränkte Recht der Kammerauflösung gibt; die neue Kammer muß innerhalb vier Monaten gewählt und einberufen werden. Namens der Regierung begründete der Minister des Inneren Salih Bey die Verfassungsänderung mit der Notwendigkeit, ein besseres Gleichgewicht der drei Gewalten herzustellen, da seit Einführung des verfassungsmäßigen Regimes die zu wiederholten Malen erfolgten Änderungen der auf die Verfassung bezüglichen Artikel erfahrungsgemäß schlechte Ergebnisse gezeitigt hätten. Der Minister hob hervor, daß in allen anderen konstitutionellen Staaten das Recht des Herrschers, die Kammer aufzulösen, unbeschränkt sei, denn anderenfalls wäre es unmöglich, das Gleichgewicht und die Unabhängigkeit der drei Gewalten zu wahren. Die Lage des Herrschers sei schwierig, wenn er, durch die Verfassung gebunden, nur im Falle eines Konfliktes zwischen der gesetzgebenden und der ausführenden Gewalt die Kammer aufzulösen, eine durch die höchsten Staatsinteressen gebotene Auflösung der Kammer aus anderen Gründen für notwendig hielt.

Nach kurzer Debatte nahm die Kammer fast einstimmig diesen und die anderen von der Regierung vorgeschlagenen Änderungen an. Die letzteren betreffen die Wahlbarkeit jedes Osmanen, der die erforderlichen Eigenschaften besitzt, in jedem beliebigen Wahlbezirk, ferner die Erhöhung der Entschädigung der Abgeordneten und die Aufhebung des Artikels 117 der Verfassung, der dem Senat das Recht der Auslegung der Verfassungsartikel und dem Staatsrat beziehungsweise dem Kassationshof das Recht der Auslegung von Verwaltungs- beziehungsweise Rechtsfragen gibt. Ein Zusatzantrag der Kommission zu Artikel 48 verbietet den Senatoren und Deputierten, an Unternehmungen der Regierung beteiligt zu sein. Schließlich wurde der gesamte Gesetzentwurf mit 198 von 208 Stimmen angenommen.

Die Wirren in China.

London, 15. Februar. (W. Z. B.) Das Reutersche Bureau meldet aus Tokio vom 13. Februar: Hier eingegangene Depeschen besagen, daß Tschungking in Szechwan in die Hände der Rebellen gefallen ist, und daß die Regierungstruppen zu diesen übergegangen sind.

Politische Uebersicht.

Die Ernährungsfrage vor dem Landtage.

Im preussischen Abgeordnetenhaus begann am Dienstag die zweite Beratung des Etats des Staatsministeriums mit der Entgegennahme des Berichts über die zur Sicherstellung der Ernährung der Bevölkerung getroffenen Maßnahmen. Wie wir bereits mitgeteilt haben, hat die Staatshaushaltskommission eine große Reihe von Vorschlägen gefaßt, die in ihrer Tendenz samt und sonders auf eine weitere Begünstigung der Produzenten hinauslaufen, den Interessen der Konsumenten aber nur wenig entgegenkommen. Der erste Redner aus dem Hause, der Fortschrittler Hoff, suchte einen Ausgleich zwischen beiden zu finden, wobei er sich ganz besonders gegen die in der Kommission wiederholt vertretene Anschauung wandte, daß erst die Zollgesetzgebung die landwirtschaftliche Produktion gesteigert habe. Scharf wandte er sich gegen die Verfüterung des Brotgetreides, und wenn wir ihm auch darin beipflichten mußten, daß die Protrationen des Volkes erhöht werden müssen, so müssen wir uns doch dagegen wenden, daß die Masse dann mit weniger Fleisch fürlieb nehmen könnte. Für weite Kreise des Volkes bilden die fleischlosen Tage heute schon die Regel, und es würde eine schwere Schädigung der Volksgesundheit bedeuten, wollte man den Konsum noch weiter herabsetzen. Mit Recht forderte er die Beschlagnahme der Kartoffeln und die Gewährung von Zuschüssen an Kommunen, um in Notfällen der minderbemittelten Bevölkerung unentbehrliche Nahrungsmittel zu einem unter dem Erwerbspreise liegenden Preise zuzuführen. Für eine Erhöhung der Brotaration, namentlich für die Arbeiter, trat auch Abg. Derksen (st.) ein, dessen Hauptziel im übrigen in dem Wunsche nach billigen Futtermitteln liegt. Der letzte Redner, der Abgeordnete Westermann (nat.) befürwortete eine Erhöhung der Produzentenhöchstpreise für Kartoffeln und eine Förderung des Gemüsebaues.

Am Mittwoch wird die Debatte fortgesetzt. Zunächst kommt Genosse Hofer zu Wort.

Der Reichskanzler und die Parteiführer.

Die Führer der Fraktionen des preussischen Abgeordnetenhauses waren am Montag zu einer Besprechung bei dem Ministerpräsidenten v. Bethmann Hollweg verammelt. Der „Lokal-Anzeiger“ vom Dienstag morgen hebt hervor, daß die unmittelbare Veranlassung nicht die Rundgebung der „Nordd. Allg. Ztg.“ gewesen sei, daß vielmehr Herr v. Bethmann Hollweg schon vor den letzten Ereignissen den Wunsch geäußert habe, mit den Parteiführern Rücksprache zu halten. Das „Berliner Tageblatt“ fügt hinzu, daß auch die Parteiführer des Reichstags zu einer Besprechung mit dem Reichskanzler für Dienstag vormittag eingeladen worden waren.

Ueber die Besprechung ist bisher nichts an die Öffentlichkeit gekommen; die Blätter ergeben sich hierin lediglich in Vermutungen. Die „Tägliche Rundschau“ meint, es verhalte sich von selbst, daß im Verlauf der Unterredung „der ungeschickte und überflüssige Vorstoß der „Norddeutschen“ eine wesentliche Rolle gespielt hat“.

Eine scharfe Rüge der Regierung durch die Konservativen.

Die „Kreuz-Zeitung“ spricht sich in einer „Auffallend“ überschriebenen Notiz in sehr scharfen Worten gegen offizielle

Korrespondenzartikel aus, die sich gegen die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses gewandt haben. Sie sagt:

„Wir lesen mit Erstaunen und Enttäuschung in einer Anzahl von Kreisblättern und ähnlichen Organen Angriffe und Unterstellungen gegen diejenigen Parteien, welche den bekannten Beschluß der Abgeordnetenhauskommission über die U-Boot-Frage gefaßt haben. Die erwähnten Artikel gehen so weit, dem Abgeordnetenhaus

den Vorwurf des Eingreifens in die Rechte der Krone, die Kriegführung und die Befugnisse des Reichskanzlers und des Reichstages zu machen.

Es bedarf noch der Feststellung, ob und inwiefern Organen der preussischen Staats- oder der Reichsverwaltung eine Schuld an jenen Veröffentlichungen zufällt. Sollte das der Fall sein, so müßten u. U. die Parteien, welche jenen Beschluß gefaßt haben, erwarten, daß von maßgebender Stelle eine Milderung oder Zurücknahme jener Beschuldigungen erfolgt, wenn nicht ernste Milderungen im Volke die selbstverständlichen und in gegenwärtiger Zeit nicht zu rechtfertigenden Folgen solchen Ungehorsams sein sollen.“

Wenn's nach den Konservativen ginge, müßten sich auch die „Nordd. Allg. Ztg.“ und der Reichskanzler entschuldigen.

Danktelegramme.

Die „Vossische Zeitung“ veröffentlicht zwei „Danktelegramme“ des Kanzlers, die als Antwort auf Zustimmung zu der U-Boot-Denkchrift eingelaufen sind:

„Dem Verbands-Röner Großfirmen danke ich aufrichtig für das freundliche Begrüßungstelegramm, durch das er mir seine Zustimmung zu dem Inhalt der Denkschrift über den Tauchbootkrieg zum Ausdruck gebracht hat, Reichskanzler von Bethmann Hollweg.“

„Dem Präsidium der Handelskammer Köln und den Mitunterzeichneten des mir überlieferten Telegramms (neben der Handelskammer Köln der Verein der Industriellen für den Regierungsbezirk Köln und die Handelskammer zu Bonn) sage ich für die freundlichen Worte der Begrüßung und Zustimmung meinen verbindlichsten Dank, Reichskanzler von Bethmann Hollweg.“

Es wäre von Wert, wenn auch der Inhalt der Begrüßungstelegramme an den Kanzler veröffentlicht würde.

Nationalliberale Hoffnungen.

In dem gestern von uns bereits erwähnten Jahresbericht des Vorstandes der Nationalliberalen Partei zu Duisburg, worin die Nationalliberalen als „Partei der Reichsausdehnung“ bezeichnet werden, finden sich auch folgende Sätze:

„Von der Art und Weise, wie sich die Nationalliberale Partei zu all diesen gewaltigen Aufgaben stellt, wird es abhängen, ob sie groß und stark sein und bleiben wird. In ihre Hand ist es als liberale Mittelpartei gegeben, ob sie Eroberungen im Volke machen und große Scharen von Wählern unter dem Zeichen weiser Zweckmäßigkeit vereinigen wird. Mancher Sozialist wird draußen im Felde gelernt haben, daß internationale Verbrüderung ein Märchen ist, daß nur im geschichtlich fortschreitenden Staate, nicht im Zukunftsstaate kulturelle und wirtschaftliche Ziele zu verwirklichen sind. Er wird erfahren haben, daß die Trennung der Menschheit nach Proletariern und Bürgern unmöglich ist. Ein Gedanke hat nun schon lange Monate alle besetzt. Warum sollten nicht viele Sozialdemokraten von ehemals sich unter nationaler Fahne zu unserer Partei finden? ...“

Aufgabe der einzelnen Parteioptionen ist es, das Parteileben während des Krieges aufrechtzuerhalten, so gut es bei der durch die militärischen Notwendigkeiten hervorgerufenen Beschränkung geht.“

„Ausnahmegesetz“.

Der Abgeordnete Dr. Dertel kündigt in der „Deutschen Tageszeitung“ an, daß die bevorstehende Änderung des Reichsvereinsgesetzes, wonach die Gewerkschaften nicht mehr als politische Vereine betrachtet werden sollen, von den Konservativen gründlich „geprüft“ werden wird:

„Zu der geplanten Abänderung des Vereinsgesetzes jetzt schon endgültig Stellung zu nehmen, würde verfehlt sein. Man wird den Wortlaut des zu erwartenden Entwurfs abwarten müssen, ehe man beurteilen kann, ob die Bedenken, die gegen die Abänderung von den Vertretern der rechtsstehenden Parteien bisher geäußert und geäußert wurden, durch die Fassung aus dem Wege geräumt werden.“

Wie „begründet“ die Bedenken sind, geht schon daraus hervor, daß die vom Reichstag zugunsten der erwähnten Änderung des Reichsvereinsgesetzes angenommene Resolution von der „Deutschen Tageszeitung“ auch jetzt wieder als „Ausnahmegesetz“ bezeichnet wird.

Die Verschmelzung der Fürstentümer Schwarzburg.

Ueber die Vorgeschichte der Verschmelzung beider Fürstentümer Schwarzburg schreibt der „Lokal-Anzeiger“:

Die beiden Fürstentümer Schwarzburg-Sondershausen und Schwarzburg-Rudolstadt hatten seit 1718 einen Erbfolgevertrag miteinander geschlossen, nach dem beim Erlöschen des Mannestammes in dem einen Staat die Nachfolge der Regierung auf den Herrscher des anderen übergehen sollte. Dieser Fall trat ein, als der Fürst von Schwarzburg-Sondershausen Karl Günther, der am 28. März 1909 starb, keinen männlichen Stammeserben hinterließ. Fürst Günther Viktor von Schwarzburg-Rudolstadt übernahm demgemäß auch die Regierung von Sondershausen. Am 1. Juli des genannten Jahres wurde dann der bisherige Staatsminister Dr. Petersen, der während der langen Krankheit des verstorbenen Fürsten Karl Günther die Regierungsgeschäfte in Sondershausen geführt hatte, in den Ruhestand versetzt und die Regierungsgeschäfte dem Staatsminister für das Fürstentum Schwarzburg-Rudolstadt Freiherrn von der Rede mitübertragen. Damit verlor das Sondershäuser Fürstentum seine ministerielle Selbstständigkeit; und mit der Verlegung des Sitzes der obersten Staatsverwaltung für Schwarzburg-Sondershausen nach Rudolstadt war der erste Schritt zur vollständigen Verschmelzung der beiden Fürstentümer eingeleitet. Der größte Teil der wirtschaftlich tätigen Bevölkerung hat diese Verschmelzung häufig verlangt, es wurde u. a. darauf hingewiesen, daß sie eine nicht unerhebliche Verbilligung der allgemeinen Verwaltungskosten ergebe und eine großzügige Handhabung der administrativen Geschäfte herbeiführen würde. Es ist zweifellos, daß der Landtag der vollständigen Verschmelzung zustimmen wird. Freilich ist noch eine Änderung der Reichsverfassung notwendig, aber über etwaige sich hierbei ergebende Schwierigkeiten wird man hinausrufen, und es wird in Kürze einen Kleinstaat im Deutschen Reiche weniger geben. Schwarzburg-Rudolstadt hatte am 1. Dezember 1905 96 883, Schwarzburg-Sondershausen 86 132 Einwohner.

Das Reich wird materiell von der Sache nicht berührt, nur formell wird die Reichsverfassung davon Notiz nehmen müssen, daß es fortan einen Bundesstaat weniger geben wird. Beachtenswert ist, daß der neue Staat Schwarzburg dann trotz seines geringen Anfanges und seiner kleinen Volkszahl wohl über zwei Stimmen im Bundesrat verfügen wird, da die Zusammenfassung vielleicht nicht gut Unlach geben kann, ihm sein Stimmengewicht zu verringern.

Beförderung und Neuwahl.

Der Geschäftsordnungsausschuß des Abgeordnetenhauses beschäftigte sich mit der Frage, ob die nicht mit einer Gehaltserhöhung verbundene Beförderung des Landtagsabgeordneten Geheimen Oberpostrates Dr. König-Dortmund eine Neuwahl erforderlich mache. Da die Beförderung sich nur auf den Titel (ohne Gehaltserhöhung) erstreckt, war der Ausschuß der Meinung, daß eine Neuwahl in diesem Falle nicht einzutreten habe.

Die Ausländer auf Hochschulen.

Schon vor längerer Zeit wiesen wir darauf hin, daß die Pläne, Ausländer in dem Studium an deutschen Hochschulen zu beschränken, leider auch in der Studentenschaft an Boden gewonnen haben. Ein Beweis für diesen engen Geist, der mit den ursprünglichen Absichten der Universitätsgründer Fichte, Schleiermacher u. a. in schroffem Widerspruch steht, ist eine Eingabe des Ausschusses der Studentenschaft der Universität Berlin an den preussischen Kultusminister. Es zeugt bereits von einem Mangel an weiterer Auffassung des eigenen Studiums, wenn die Studenten die Hochschulen bloß als „staatliche Erziehungsanstalten“ betrachten wissen wollen. Diese engherzige Beschränkung der Aufgaben von wissenschaftlichen Hochschulen sollten sich Studierende zu allererst zuschulden kommen lassen. Nun betont zwar die Eingabe weiter:

„Uns treibt kein durch den Krieg entfachtter Haß gegen das Ausland. Einer Ueberspannung nationaler Begriffe halten wir uns geflissentlich fern. Die ruhige, nüchterne Betrachtung der Zustände vor dem Kriege hat uns zu unserer Auffassung geführt. Unser Ziel ist nicht der Kampf gegen das Ausland, sondern die Sicherstellung einer unbehinderten Erziehung der deutschen Studenten zu wissenschaftlich gebildeten, deutschen Persönlichkeiten.“ Aber gehört zu dieser „Durchbildung“ die Verwirklichung der Forderung:

„Die Ausländer erhalten Ausweisarten, die von denen der deutschen Studenten durch andere Färbung unterschieden sind.“?

Auch die Forderung nach Eintragung der Ausländer in besondere Listen, Zahlung höherer Einschreibegebühren und Kollegelder und dazu noch eines besonderen Semesterbeitrages für Ausländer hat mit dem „Ziel“ gar nichts zu tun. Weiter: Deshalb soll die Zulassung eines Ausländers abhängig sein von dem Nachweis von Mitteln zur Führung eines standesgemäßen Lebens, wenn man — mit Recht — einen solchen Nachweis bei Inländern für entbehrlich hält? Die Forderung nach Beschränkung der Zahl von Ausländern, Erschwerung der Prüfungen usw. kann auch nur als Ausfluß gewisser Antipathien betrachtet werden, denn bis auf den heutigen Tag ist wohl noch nie ein deutscher Studierender durch die Zulassung von Ausländern an der erfolgreichen Durchführung seiner Studien gehindert worden. Eigene Interesselosigkeit — um kein schärferes Wort zu gebrauchen — ist und bleibt das ärgste Hindernis, demgegenüber angebliche technische Einschränkungen gar keine Rolle spielen.

Es ist höchst bedauerlich, daß gegen die vom Berliner Studentenausschuß beschlossene Eingabe von 22 anwesenden Mitgliedern des Engeren Ausschusses nur zwei Vertreter und eine Vertreterin der Korporationen und Gruppen der Nichtkorporierten stimmten.

Kriegsbekanntmachungen.

Anonyme Anzeigen.

Bei den Militärbehörden laufen ständig anonyme Zuschriften ein, in denen darauf hingewiesen wird, daß diese oder jene Behörde oder Firma für Beamte, Angestellte oder Arbeiter die Befreiung vom Heeresdienst auf dem Wege der Reklamation zu Unrecht erwirkt habe.

Wissend mögen die Briefschreiber von der guten Absicht geleitet sein, dem Vaterlande zu nützen. Im Deutschen Reiche wird aber niemand, der wehrpflichtig und zum Kriegsdienst in irgendeiner Form (in der Front, in der Etappe, in der Heimat) tauglich ist, längere Zeit vom Heeresdienst befreit, wenn er nicht mit Wissen und Willen der Heeresverwaltung vor eine andere im Dienst des Vaterlandes gleich wichtige Aufgabe gestellt ist, wie dies z. B. bei Anfertigung dringenden Kriegsbedarfes, bei Arbeiten für die Volksernährung und ähnlichem mehr der Fall ist.

Eines muß auf das dringendste gefordert werden: Wer glaubt Mitteilungen über vermutete Unzulänglichkeiten dieser Art machen zu müssen, der möge auch, wie es der deutschen Sitte entspricht, den Mut haben, mit seinem Namen für die Sache einzutreten. Nur dadurch erwirbt er sich ein Anrecht darauf, daß der Fall untersucht wird.

Letzte Nachrichten.

Ein französischer Armeebefehl.

Berlin, 15. Februar. (W. Z. B.) Ein Abdruck folgenden französischen Befehls wurde bei den Kämpfen südlich der Somme erbeutet, es kann also nicht daran gezweifelt werden, daß er tatsächlich erlassen wurde.

VI. Armee Generalstab 2. Bureau.
Armeehauptquartier 2. Juni 1915.
Allgemeiner Befehl Nr. 153.
Abschrift.

Mit Enttäuschung hat der Armeeführer erfahren, daß an einem Punkte der Front Unterhaltungen und manchmal sogar Austausch von Händedrüben mit Deutschen stattgefunden haben.

Es fragt sich, ob es überhaupt möglich ist, daß ein Franzose so tief sinkt, um einem von diesen Wanditen die Hand zu drücken, die überall Brand und Verführung verbreiten, die Frauen, Kinder und Greise morden, die verätherischerweise unsere Befangenen töten, indem sie ihnen ins Kreuz schlagen und unsere Verwundeten zu Tode quälen.

Der Armeeführer befiehlt deshalb: 1. Jeder, der sich in eine Unterhaltung mit Deutschen einläßt, kommt vor ein Kriegsgericht, weil er Verbindungen mit dem Feinde angeknüpft hat; 2. jeder Unteroffizier oder Korporal, der aus Mangel an Achtsamkeit innerhalb seines Befehlsbereichs solche pflanzwidrige Handlungen gebildet hat, ist zu degradieren; 3. jeder Offizier, der aus Mangel an Aufsicht zuläßt, daß sich seine Untergebenen bis zu solchen schamlosen Handlungen erniedrigen, hat die allerschwersten Strafen zu gewärtigen.

Unterschrift: General Dubois.

Für die Richtigkeit der Abschrift: Der Chef des Generalstabs, Gen. Brequard 3h che. C. E. A. M. 2e. Bureau Nr. 2337.

Anmerkung des W. Z. B. General Dubois erniedrigt sich mit diesem Befehl zu der Konart der übelsten Pariser Gebälter. Wehr kann man dieser Verungeltung der deutschen Soldaten nicht hinzufügen, man kann sie nur veröffentlichen, um den hohen französischen Offizier an den Pranger zu stellen.

Wasserstoffexplosion in der Lokomotivwerkstätte Gleiwitz.

Gleiwitz, 15. Februar. (Z. N.) In der Agl. Lokomotivwerkstätte Gleiwitz erfolgte auf unerklärliche Weise eine Wasserstoffexplosion, wobei fünf Personen getötet wurden.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Forderung der Schiffschuhmacher auf Teuerungszulage.

In der Reparaturbranche wurde fast allgemein eine zehnprozentige Zulage und noch darüber gezahlt. Seit Februar 1915 erhalten die Arbeiter eine Zulage von 10 Prozent, die vom Arbeitgeberverband, obwohl ein Tarif vorliegt, bewilligt wurden. Aus den Reihen dieser Gruppe ist in der letzten Versammlung der Wunsch laut geworden nach einer Erhöhung der Zulage auf 20 Prozent. Die Gama in einer Versammlung der Schiffschuhmacher ausführte, würde ja eine Zulage von 20 Prozent noch lange nicht die jetzige Teuerung ausgleichen, der Wunsch sei also an sich berechtigt. Die Firmen Wäsche und Dähniger sind üblicherweise bereits vorangegangen und zahlen 20 Prozent. Wäsche zahlte noch darüber hinaus zu Weihnachten für jedes Kind 10 M. — In der Diskussion wurde erklärt, die Mitglieder verständen die Verwaltung nicht, die scheinbar keine Lust zeige, die Forderung bei den Unternehmern zu vertreten. Tarife seien allerdings da, damit sie eingehalten würden; es lägen aber jetzt ganz außergewöhnliche Verhältnisse vor, so daß die Zulage geboten erscheine. Von Tarifbruch sei unter diesen Umständen keine Rede, um so mehr, als zwei Firmen schon vorangegangen sind. Wenn man vergleiche, was den Unternehmer der Unterboden koste und was er dem Kunden dafür abnehme, so könnte den Arbeitern sehr wohl die geforderte Zulage zuerkannt werden. — Gama anführte demgegenüber aus: Tarife müssen von der Organisation gehalten werden. Allerdings können Anträge auf Abänderung gestellt werden; aber notwendig ist dabei, daß der andere Kontrahent zustimmt. Den Antrag wolle die Verwaltung schon vertreten, da er ja unter den obwaltenden Verhältnissen wirklich berechtigt ist.

Die Versammlung stimmte der Forderung auf 10 Prozent einstimmig zu. Die Verwaltung wurde gleichzeitig beauftragt, den Unternehmern unter Vorlegung der Gründe den Beschluß der Versammlung zu unterbreiten.

Deutsches Reich.

Die Verhandlungen im Baugewerbe und der Arbeitgeberbund.

Der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe verfaßt soeben an die Fachpresse eine kleine Notiz, worin er seinen Mitgliedern mitteilt, daß die Verhandlungen mit den Vertretern der Arbeiterverbände gescheitert sind, da eine Lohnerhöhung von 4-5 und 6 Pf. pro Stunde, die von den Vertretern der Arbeitgeber bewilligt wurden, von den Vertretern der Arbeitnehmer als bei weitem nicht genug abgelehnt wurde. Der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe beruft seine Hauptversammlung auf den 29. Februar nach Berlin ein, um über die weiteren Maßnahmen zu beraten.

Malerverbandstag.

Am zweiten Verhandlungstag gab Streine den Bericht über die Tarifverhandlungen mit den Arbeitgebern, die am 25. Januar in Berlin unter dem Vorsitz des Direktors im Reichsamt des Innern, Dr. Caspar, stattfanden. Streine gab eine Schilderung der Entwicklung zum Reichstaxist im Malergewerbe und behandelte dann ausführlich die Lohnverhältnisse im Beruf. Nach den vom Verband gemachten Erhebungen haben sich durch die Tätigkeit der Organisation die Stundenlöhne in den letzten Jahren wesentlich nach oben gehoben. Vom Jahre 1906 bis 1915 fiel der Prozentfuß der von der Statistik erfahrenen Kollegen, die Löhne bis 40 Pf. pro Stunden hatten, von 25,2 Proz. auf 31 Proz. Die höheren Löhne, 61 Pf. und mehr pro Stunde, stiegen dagegen im gleichen Zeitraum von 16,8 Proz. auf 45,7 Proz. Die fortgesetzte Verteuerung des gesamten Lebensunterhalts hat natürlich die Erhöhung der Löhne wieder mehr als ausgeglichen. Dabei ist auch zu berücksichtigen, daß die Arbeitgeber immer mehr versuchen, die Löhne auf den Mindestlohn herunterzudrücken. Bei Ausbruch des Krieges wurde mit den Arbeitgebern vereinbart, daß der Tarifvertrag unter allen Umständen aufrechterhalten werden müsse. Als der Krieg dann die ungeheure Teuerung brachte, wurde bei den Kollegen die Forderung nach einer Teuerungszulage sehr laut. So berechtigt diese Forderung war, haben wir doch für vorsam gehalten, sie zunächst nicht allgemein zu erheben, sondern die Verhandlungen über Erneuerung des Tarifvertrags abzuwarten. Bei diesen Verhandlungen legten wir das Hauptgewicht auf die Durchsetzung einer wesentlichen Lohnerhöhung, wir verlangten eine Erhöhung von 15 Proz. Das Ergebnis ist bekannt: die vereinbarte Kriegsteuerungszulage beträgt 6 und 5 Pf. Wie stellen wir uns zu dem Ergebnis? Der Vorstand empfiehlt die Annahme der Vereinbarungen. Nicht, weil wir annehmen, daß diese genügen, sondern weil wir wissen, daß im gegenwärtigen Moment nicht mehr durchzusehen war. Der Arbeitgeberverband hat gestern auf seiner Tagung die Vereinbarungen angenommen.

In der Diskussion erklärten die Redner, daß sie angesichts der enormen Teuerung mehr erwartet hätten. Wenn sie den Vereinbarungen zustimmen, dann nur aus Rücksicht auf die gegenwärtige Zeit. Reich-Vorleser betonte, die Berliner Kollegen seien über das Resultat enttäuscht. Sie wären in ihrer Mehrheit grundsätzlich gegen die Vereinbarungen. Da es aber nicht möglich sei, in den gegenwärtigen Verhältnissen dem Arbeitgeberverband die richtige Antwort zu geben, würden sie den Vereinbarungen zustimmen. Dieser Beschluß sei aber den Berliner Kollegen nicht leicht geworden. Köhle-Planen sprach die Hoffnung

aus, daß von Seiten der Regierung künftig dem Tarifwesen mehr Beachtung geschenkt wird als früher und wir zu einer reichsgesetzlichen Regelung des Tarifwesens kommen. — Direkt ablehnend gegenüber den Vereinbarungen sprach sich kein Delegierter aus.

Im Schlußwort betonte Streine, er erkenne die Einwürfe an. Die Zugeständnisse seien gewiß nicht ausreichend, unter den gegebenen Verhältnissen wäre aber nicht mehr zu erreichen gewesen. Es müsse nun dafür gesorgt werden, daß die Vereinbarungen auch überall durchgeführt werden.

Der Verbandstag stimmte hierauf einstimmig den Vereinbarungen mit dem Arbeitgeberverband zu. Sie treten am 17. März in Kraft.

Ueber „Die Aufgaben der Gewerkschaften nach Friedensschluß“ referierte hierauf Reichstagsabgeordneter Robert Schmidt-Berlin. Er gab zunächst einen Überblick darüber, was die Gewerkschaften während des Krieges getan haben, denn es sei anzunehmen, daß einzelne Maßnahmen, die im Krieg geschaffen wurden, in den Frieden übernommen werden. Eine der wichtigsten Aufgaben für die Gewerkschaften sei gewesen, die Lebenshaltung der Arbeiterschaft auf einer gewissen Höhe zu halten. Mit Hilfe der Militärverwaltung wurde in verschiedenen Rüstungsindustrien eine tarifliche Regelung der Lohnverhältnisse erzielt. Dabei hat die Militärverwaltung ein größeres sozialpolitisches Verständnis gezeigt, als man es bei der Regierung zu finden gewohnt ist. Für den Frieden muß die Forderung übernommen werden, daß von Staat und Kommune Aufträge nur an solche Unternehmer gegeben werden, die einen Tarifvertrag mit den Arbeitern abgeschlossen haben. Wo keine Tarife abgeschlossen sind, muß das Mindestmaß der Löhne festgesetzt werden, dann werden die großen Differenzen bei Subventionen verschwinden. Bei den Gewerben, die nicht zur Rüstungsindustrie gehören, war eine Regelung der Arbeitsverhältnisse schwieriger. Es wurde hier dahin gewirkt, daß die Tarifverträge eingehalten werden. Der Tarifvertrag hat sich im allgemeinen auch während des Krieges bewährt. — Der Referent gab im weiteren ein Bild der wirtschaftlichen Umwälzungen, die der Krieg verursacht. Durch den Mangel an Rohstoffen ist zu befürchten, daß im weiteren Verlauf des Krieges die Vollbeschäftigung der Arbeiter und Arbeiterinnen sehr in Frage gestellt ist. Da ist unsere Forderung auf Arbeitslosenunterstützung durch Reichsmittel wichtig. Die Dinge liegen sehr unklar. Die Nachwirkungen des Krieges in wirtschaftlicher Hinsicht werden sich nicht so schnell verflüchten, wie manche glauben. Die Verschlebung der wirtschaftlichen Verhältnisse wird die Gewerkschaften nach dem Kriege auf dem Gebiet der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse vor neue Aufgaben stellen. Wir dürfen nicht damit rechnen, daß die Lebensmittelpreise nach dem Kriege schnell heruntergehen. Andererseits haben wir Arbeitgeber, die alle sozialen Ansprüche der Arbeiter zurückweisen. Es wir harte Kämpfe um die Vesserstellung der Arbeiter geben. Da wird unterhütet werden müssen, inwieweit ein gemeinsames Zusammenarbeiten mit den anderen Gewerkschaften zur Erfüllung gemeinsamer Aufgaben möglich ist; ob wir nicht den Streit um die Form zurückstellen müssen gegenüber der Zusammenfassung aller Kräfte der Arbeiter. Auf dem Gebiet des Arbeitsnachweises haben die verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen bereits zusammengearbeitet. Hier ist eine Regelung durch gesetzgeberischen Akt notwendig. Solange wir Arbeitslose haben, darf der Arbeitsmarkt nicht mit ausländischen Arbeitern überlastet werden. Nach einer solch schweren Zeit müssen wir zunächst für unsere eigenen Arbeiter sorgen. Der vorhandene Bedarf an ausländischen Arbeitskräften darf nur durch den Arbeitsnachweis gedeckt werden; Agenten müssen ausgeschaltet werden. Der Referent stellt als weitere Forderungen nach dem Kriege auf: Staatliche Regelung der Arbeitslosenunterstützungsfrage, der Heimarbeit, die einen starken Zutrom erhalten dürfte, Bau von Wohnungen durch die Gemeinden, Fürsorge für die Kriegsbeschädigten, Neuregelung ihrer Rentenansprüche. Auf den übrigen sozialpolitischen Gebieten bleibt es bei dem, was wir auch vor dem Krieg verlangten. Schmidt besprach nun die Aufgaben, die erfüllt worden sind, vom Standpunkt der Interessen der Konsumenten. Generalkommission und Parteivorstand hätten sich gegen die wüste Spekulation und Preistreiberie gewendet. Sie verlangten Höchstpreise und Beschlagnahme der wichtigsten Nahrungsmittel. Wenn der Krieg noch lange dauere, dann mühten noch mehr Verteilungen vorgenommen werden, da sonst große Schwierigkeiten eintreten würden, die auch eine große Gefahr für unsere politische Situation wären. Den praktischen Aufgaben in der Landwirtschaft sollte auch von unserer Seite nähergetreten, Leblandskultur gefördert werden. Die Voraussetzungen für die Erfüllung all dieser Aufgaben sei ein glückliches Ende des Krieges. Ein Schatten falle auf die Arbeit nach dem Krieg: die zerrütteten Verhältnisse in der Partei. Es sei zu befürchten, daß das, was in der Partei vorgeht, eine Rückwirkung auf die Gewerkschaften haben kann. Diese könnten nicht achlos am Kriege vorübergehen. Er (Redner) hoffe, daß die Gewerkschaften nicht in den Strudel hineingetrieben werden, daß die praktische Arbeit das theoretische Spintisieren beiseite schieben wird. Nur auf der gesunden Basis der praktischen Arbeit könnten die gestellten Aufgaben erfüllt werden. (Lebhafte Beifall.)

Eine Debatte schloß sich nicht an den Vortrag. Ueber den Bauarbeiterstreik hielt dann Heinke-Berlin ein Referat. Er verwies darauf, daß während des Krieges die Bestimmungen des Bauarbeitergesetzes oft nicht eingehalten werden und verlangte weitere Ausgestaltung des Bauarbeitergesetzes.

Die Wahl des Vorstandes ergab die einstimmige Wahl von Streine zum ersten Vorsitzenden und die Wiederwahl der übrigen bisherigen Vorstandsmitglieder. Der Posten eines zweiten Vorsitzenden wurde vorerst nicht wieder besetzt.

Vorsitzender Streine gab dann noch bekannt, daß die mit den Arbeitgebern vereinbarten Richtlinien über die Be-

schäftigung kriegsbeschädigter Arbeiter im Malergewerbe vom Arbeitgeberverband angenommen worden seien. Damit waren die Arbeiten der Generalversammlung erledigt. Mit einem Hoch auf den Verband wurde sie geschlossen.

Aus Industrie und Handel.

Eine sonderbare Transaktion.

Wie in der bürgerlichen Presse gemeldet wird, ist zwischen dem Fürsten Hensel-Donnersmark und der Ungarischen Bank und Handelsgesellschaft folgendes Geschäft zustande gekommen: Der Fürst eröffnet der genannten Bank einen Kredit in Höhe von 30 Millionen Mark, wobei die Bank ihm ungarische Papiere verpfändet. Der Zinssfuß ist auf 4 1/2 Proz. festgelegt, Rückzahlung spätestens im Jahre 1926, doch kann die Bank die Schuld auch früher tilgen, Zahlung und Rückzahlung erfolgt in Markwährung. Zur Erläuterung wird angeführt, daß die Bank das Geschäft eigentlich im Auftrage der ungarischen Hauptstadt ausführt, diese aber brauche Geld und es komme ihr gut zuzufallen, daß das Darlehen in Markwährung erfolgt. Da nämlich von Ungarn Zahlungen nach Deutschland zu leisten sind, macht die Bank und die Stadt ein gutes Geschäft, wenn sie über ein Guthaben in Deutschland verfügt und somit in Mark zahlen kann. In der Tat: die österreichisch-ungarische Krone gilt zurzeit in Berlin etwa 70 Pf., statt 85 Pf. nach der Goldwährung, wer also aus Ungarn 100 Mark in Berlin zu zahlen hat, muß 142,86 Kronen hergeben, statt 117,13 Kronen normaler Weise. Zudem also die Bank über das Guthaben in Mark verfügt, macht sie glänzende Geschäfte an der Valutadifferenz.

So weit, so gut. Erläuterlich wäre nur, daß Fürst Donnersmark sich bei diesem Geschäft mit 4 1/2 Proz. begnügt, wo es doch, wenn er sein Geld in deutscher Kriegsanleihe anlegt, über 5 Proz. erhalten kann. Der Vertrag hat denn auch noch eine Klausel, die die Erklärung gibt. Die Bank erhält nämlich nicht das ganze Darlehen in bar, sondern sie übernimmt Baugründe in Panfow und Mariendorf, die dem Fürsten gehören und die nach der einen Quelle mit 4 1/2, nach einer anderen mit 5 Millionen Mark in Rechnung gestellt werden. Auf beiden Seiten stellt sich also das Geschäft so dar: er leiht 30 Millionen Mark gegen gute Sicherheit; erhält einen mäßigen Zins, verkauft aber dafür zu einem guten Preise Grundstücke, die sonst zurzeit wohl unvertäuflich wären. Die ungarische Bank aber muß das Kapital, das diese Grundstücke repräsentieren, verzinsen, ohne daß sie hoffen dürfte, zurzeit diese Grundstücke zu verwerten. Ob das ein gutes oder schlechtes Geschäft ist, wird sich erst herausstellen, wenn die Grundstücke nach Jahr und Tag verkauft werden.

In einem Blatte wird erklärt, der Fürst sei wohl deshalb zu diesem eigenartigen Geschäft gekommen, weil er bei seinem hohen Alter, 87 Jahre, bestrahlt ist, „aus seinem Vermögen verschiedene Objekte abzugeben“. Das dürfte indessen nicht ganz zutreffen, denn vor wenigen Tagen wurde mitgeteilt, daß der Fürst im Gegenteil von neuem seinen Besitz an Berliner Grundstücken vermehrt hat durch Ankauf des Häuserblocks zwischen Linden, Friedrich- und Mittelstraße, wobei es sich um 11 1/2 Millionen Mark handelt. Allerdings ist dieser Kaufpreis nicht in bar zu zahlen, sondern es wird mitgeteilt, daß die Verkäufer dafür Aktien der Terraingesellschaft Dresden-Süd übernehmen, einer Gesellschaft, die umfangreiche unbebaute Terrains in Dresdens Villenviertel in der Nähe des Großen Gartens besitzt.

Fürst Guido Hensel von Donnersmark wird von dem Sachkundigen Herrn Martin in seinem „Jahrbuch der Millionäre“ als der zweitreichste Mann in Preußen eingetragt (an der Spitze steht Frau Vera Krupp von Bohlen und Halbach) und ist ein sehr unternehmungslustiger Herr. Sein Vermögen soll 1895 rund 71 Millionen betragen und ein Einkommen von 2,7 Millionen Mark abgeworfen haben; 1908 aber 177 Millionen, wobei das jährliche Einkommen 12 Millionen war. Er ist einer der größten Grundbesitzer, außerdem Eigentümer gewaltiger Bergwerksunternehmen, beteiligte sich dann in letzter Zeit an dem Fiskusongern, der in Aktien, Terrains, Warenhäusern und sonst noch manchen Unternehmungen „machte“. Aus diesen Beteiligungen erklärten sich die jetzigen Transaktionen in Berliner und Dresdner Terrains.

Daß auf dem Wege über eine Anleihe zur Valutaregulierung Baugründe in Panfow und Mariendorf in den Besitz einer kühnsten Bank übergeben, wogegen dem deutschen Magnaten Obligationen der ungarischen Hauptstadt verpfändet werden, ist auch so eine kleine Illustration dazu, wie in diesem Krieg der Tanz der Millionen sich selbst der Melodie des Trommelwebers anpaßt.

Eingegangene Druckschriften.

Wiking-Bücher. Band 15: Die graue Gasse. Roman von Dora Dunder. 1 B. Verlag der Wiking-Bücher, Leipzig.
Die Friedenswarte. Blätter für sozialistische Organisation. Herausgeber: Dr. H. S. Fried. Heft 2. Erscheint monatlich. Jährl. 8 M. Verlag: Art. Institut Crell Rühl, Bärn.
Die Glocke. Heft 12. Sozialistische Halbmonatsschrift. Herausgegeben von Barous. 25 Pf. Verlag für Sozialwissenschaft, München.

A. WERTHEIM

G. M. B. H.

Mittwoch und Donnerstag soweit Vorrat

Kalbskeule I. Ganzen Pfd. 1.35	Rinderkamm . . . Pfund 1.60	Mastputen Pfd. 2 M. 2.30
Kalbskamm . . . Pfund 1.30	Rinderbrust . . . Pfund 1.60	Suppenhühner Pfd. 2.10
Kalbsbrust Pfund 1.35	Rinder-Querrippe Pfund 1.50	Brathühner . . . Pfund 2.30
Kalbsblatt Pfund 1.30	Schmorfleisch m. Knochen Pfund 1.70	Getrorene Hühner Pfd. 1.50
Kalbsrücken I. Ganzen Pfund 1.35	Gehacktes Fleisch Pfund 1.50	Gr. Schneehühner Stück 2.60
Kalbsrücken gefüllt Pfd. 1.40	Pökelt-Rinderzunge Pfd. 1.50	Gr. Perlhühner Stück 5 M. 5.50
Kalbshaxe Pfund 90 Pf.	Sprossen 1/2 Pfund 43 Pf.	Pomm. Land-Eier Stück 18 Pf.
Edamer Käse in ganzen Kugeln Pfd. 1.50	im Ausschnitt Pfd. 1.60	Grüne Heringe Pfd. 28 Pf. 1.30

Abgeordnetenhaus.

7. Sitzung vom Dienstag, den 15. Februar 1916, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Schorlemer, Sydow.

Nach Vereidigung einiger Mitglieder des Hauses wird in die zweite Lesung des Etats eingetreten. Beim Etat des Staatsministeriums werden die auf den Krieg bezüglichen allgemeinen Fragen wirtschaftlicher Natur besprochen.

Abg. Dr. Goeß (L.)

Berichtet über die Kommissionsverhandlungen betr. die Ernährungsfürsorge im Kriege.

In der Frage der Kartoffelverforgung fordert die Kommission sofortige Erhebung über die im Lande vorhandenen Kartoffelbestände und rechtzeitige Sicherstellung der zur Verforgung der Bevölkerung erforderlichen Mengen unter Wahrung der Wirtschaftsinteressen der Produzenten. Bei der Besprechung der Gemüseverforgung kritisiert der Berichterstatter, daß die Höchstpreise für Gemüse f. Z. vom Bundesrat viel zu niedrig festgesetzt worden sei. Die Händler hätten bei jenen Preisen ablosol nicht bestehen können. Erst nach 2 1/2 Monaten habe der Bundesrat jene für den Gemüsebau direkt vernichtenden Preise durch höhere ersetzt. Die Kommission beantragt, daß schon jetzt Organisationen geschaffen werden, die den Gemüseabsatz 1916/17 zu bestimmten angemessenen Preisen ermöglichen und die Konterierung des nicht frisch zu verwendenden Gemüses unter Heranziehung der Konervenfabriken sichern.

In der Frage der Fleischverforgung fordert die Kommission vor allem Förderung der Schweinezucht durch billige Abgabe von Futtermitteln an kleinere Landwirte und Gemeinden oder Genossenschaften. Zur Behebung der Butterknappheit hat die Regierung wirksame Maßnahmen ergriffen, die Buttereinfuhr aus dem Ausland ist auf das Dreifache gegen die frühere Friedenszeit gestiegen. Grobes ist auch von der deutschen Wissenschaft geleistet worden in der Verforgung künstlicher Düngemittel. Die Hauptaufgabe der Regierung ist die Förderung der Produktion im Inlande, damit wir in jeder Beziehung unabhängig vom Ausland werden. (Bravo!)

Abg. Hoff (Sp.):

Trotzdem die Tore des Orients durch die betwunderungswürdigen Leistungen unserer tapferen Truppen gesprengt sind und der Handelsweg Berlin-Bagdad offen steht, bedarf es doch zur Verforgung unseres Volkes mit Nahrungsmitteln weiterer zielbewusster Maßregeln der Regierung und der verständnisvollen Mitarbeit aller Schichten des Volkes. Die Leistungen der Landwirtschaft für die Volksernährung sowohl im Frieden wie im Kriege erkennen wir durchaus an. Doch ist die Steigerung der Produktion der Landwirtschaft nicht erst mit der Zollgesetzgebung eingetreten, sondern schon zu Beginn der Ära Caprivi. — Zur Frage der Verforgung mit Brotgetreide beantragen meine politischen Freunde, die Regierung zu ersuchen, rechtzeitig Maßnahmen zu treffen, um das Brotgetreide aus der kommenden Ernte wirksamer als bisher gegen Verflüchtigung zu sichern. Für strengste Verhütung der Verflüchtigung von Brotgetreide und anderer pflanzlicher Nahrungsmittel hat sich erst vor wenig Tagen auch Graf Schwerin-Löwitz ausgesprochen. Wir können nur durchhalten, wenn wir das Brotgetreide in der denkbar besten Form, als Brot, dem Volke zuführen. Gelingt es uns, die Brotration zu erhöhen, so ist auch eine Herabsetzung des Fleischverbrauchs eher zu ertragen. Eine dauernde Verringerung des Fleischkonsums würde allerdings unsere Landwirtschaft ruinieren. Den Vorschlägen der Kommission zur Frage der Fleischverforgung stimmen wir zu. Entschieden Protest erheben müssen wir gegen die Ausfuhrverbote für lebendes Vieh, die manche Staaten, wie Mecklenburg, Bayern, Hessen, erlassen haben. Solche Verbote sind mit dem bundesstaatlichen Charakter des Reiches unvereinbar. (Sehr richtig! links.) In der äußerst wichtigen Kartoffelverforgung darf es nicht so weiter gehen wie bisher. Wir verlangen mit der Kommission, falls notwendig, Beschlagnahme der Kartoffelbestände. Möge es der Reichskartoffelstelle, die sich bisher nicht als guter Hausvater in der Verwaltung des Schatzes von 54 Millionen Tonnen Kartoffeln erwiesen hat, sowie den Gemeinden gelingen, in Zukunft die Kartoffelverforgung besser zu sichern. Die Erhöhung der Kartoffelhöchstpreise war ein äußerst bedenklicher Schritt. (Sehr richtig! links.) Wenn die Kommission jetzt für keine Speisepotatofeln höhere Preise verlangt, so lehnen wir das nach den Erfahrungen im vorigen Jahre mit den „Sozialkartoffeln“ ab. Redner bekräftigt weiter einen Antrag der Volkspartei auf Gewährung von Zuschüssen des Staats und Reichs an Kommunen und Kommunalverbände, um diese in die Lage zu versetzen, in Notfällen der minderbemittelten Bevölkerung unentbehrliche Nahrungsmittel zu einem unter dem Erwerbepreise liegenden Preise zur Verfügung zu stellen. (Bravo! links.)

Abg. v. Dörken (R.):

Es war ein Fehler, daß die Brotrationen seinerzeit erhöht wurden. Ihre spätere Wiederherabsetzung mußte natürlich große Erbitterung im Volke erzeugen. Bei den Aufopferungen müssen vor allem die Arbeiter berücksichtigt werden. — Was die Kartoffeln anlangt, so werden im Frieden 60 Proz. der Kartoffeln verflüchtigt. Das weiß jeder, der landwirtschaftliche Verhältnisse kennt. Wenn nun Kartoffeln nicht mehr verflüchtigt werden sollen, muß jedenfalls für genügenden Ersatz von billigen Futtermitteln gesorgt werden. (Bravo! rechts.)

Abg. Westermann (natl.):

Die Erhöhung der Brotrationen war auf Grund der damaligen Schätzungen des Bestandes durchaus begründet. Was den Kartoffelmangel im vorigen Jahre anlangt, so liegt die Schuld allein daran, daß der Bundesrat mit seinen Verordnungen immer zu spät kam. Die Produzentenhöchstpreise hätten früher erhöht werden müssen. (Sehr richtig! rechts.) Deswegen brauchen die Kleinverlauftpreise noch nicht heraufgesetzt zu werden. Die für die Volksernährung nötigen Kartoffeln müssen eventuell beschlagnahmt werden; der Gemüsebau bedarf der Förderung.

Darauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch, 11 Uhr.

Schluß gegen 8 Uhr.

Aus der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses.

Der verstärkte Ausschuss des Abgeordneten-Hauses für den Etatshaushalt begann am Montag die Beratung des Etats des Ministeriums des Innern, genehmigte die Einnahmen und Kap. 83 (Ministerium) der Ausgaben.

Auf Anfrage des Berichterstatters über die Zulassung der galizischen Wanderarbeiter

erwidert der Minister:

Die Staatsregierung ist fortgesetzt bemüht gewesen, die im russischen Okkupationsgebiet infolge der Kriegsverhältnisse brachliegenden Arbeitskräfte der inländischen Volkswirtschaft nutzbar zu machen. Es ist auch tatsächlich gelungen, eine nicht unerhebliche Anzahl von russischen Arbeitern unseren Landwirtschafts- und Industriegebieten zu-

zuführen. Anfänglich bei der Anwerbung entstandene Schwierigkeiten sind überwunden worden. Pächtschwierigkeiten werden den Arbeitern, die in geschlossenen Trupps von der Deutschen Arbeiterzentrale herübergeleitet werden, nicht gemacht. Die in unmittelbarem Grenzverkehr hin- und herpendelnden Arbeiter bedürfen allerdings eines 28 Tage gültigen Grenzpaßweises, der bisher 2 M. kostete. Meine Bemühungen, eine Herabsetzung dieser Gebühr herbeizuführen, haben jetzt zu dem Erfolge geführt, daß fortan die Gebühr nur noch 50 Pf. betragen soll. Die Anzahl der bei uns beschäftigten österreichischen Arbeiter ist im Vergleich zur Friedenszeit natürlich erheblich zusammengedrumpft, da ein großer Teil von ihnen der heimischen Wehrpflicht genügen muß. Im übrigen haben die Landwirtschaftskammern und die Deutsche Arbeiterzentrale möglichst viele Arbeiter auch aus Oesterreich, insbesondere aus den galizischen Flüchtlingslagern, einzuführen gesucht. Im Frühjahr 1915 waren in dieser Beziehung Schwierigkeiten entstanden, die leider erst im Mai behoben werden konnten, jedoch der Arbeiterzufuhr allerdings eine empfindliche Hemmung ertitten hat. Wegen der Anwerbung von österreichischen Arbeitern für das laufende Jahr sind Verhandlungen mit der österreichischen Regierung eingeleitet, die hoffentlich zu einem befriedigenden Ergebnis führen werden.

Der Minister des Innern erklärte, daß

die Gemeinden

durch die Kriegswohlfahrtspflege steigenden Ausgaben gegenübergestellt werden, der preussische Staat übernehme nur ein Drittel der Kosten der Kriegswohlfahrtspflege. Viele Gemeinden sind auch durch Aufwendungen für Rekrutenerzieher in Anspruch genommen, wofür Staat und Reich Zuschüsse leisten. Der Anleihenmarkt sei den Gemeinden fast verfallen und zu einem höheren Zinsfuß dürften sie aus Rücksicht auf das Reich und auf die Hypothekenzinsen nicht übergehen. Mächtig werden die Gemeinden ihre Steuerquellen und Wirtschaftsbetriebe weiter entwickeln und außerdem Sparsamkeit walten lassen müssen.

Ein fortschrittlicher Berliner Abgeordneter führte aus, daß die Gemeinden einen gewissen Anhalt haben müßten, was sie vom Reiche für die Kriegsbeschädigtenfürsorge wieder erhalten würden. Von den 110 Millionen würde hierfür nur sehr wenig verwendet werden können. Die Ueberlastung der Gemeinden werde gewaltig steigen. Berlin werde einen Gemeindefteuerzuschlag von 150 Proz. erheben müssen, wobei die über 100 Millionen Mark betragenden Ausgaben für Kriegsfürsorge nicht berechnet seien. Die Erhöhung neuer Steuern sei sehr zweifelhaft, da Reich und Staat die zur Verfügung stehenden Quellen vorzuziehen hätten. Es sei eine Verringerung des kommunal-abgabenwesens notwendig und ebenso eine Erleichterung der Lasten der Gemeinden. — Eine recht baldige Zuteilung der Staatsbeiträge an die Gemeinden wurde als erwünscht bezeichnet.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wandte sich die Erörterung den Sparkassen zu. Es wurde mitgeteilt, daß bei den Sparkassen auf alle drei Kriegsjahre 4,840 Milliarden Mark gezahlt wurden, davon 1,115 Milliarden auf eigene Rechnung. Der Bestand der Sparkassen habe im Jahre 1915 eine Erhöhung um 2 Milliarden Mark erfahren.

Ueber die Einwirkung des Krieges auf die innere Verwaltung wurde mitgeteilt, daß u. a. über 50 Proz. der Regierungsreferendare mit der Waffe ins Feld gerückt sind. Das Notergramm, das daraufhin eingeführt wurde, verlief günstig. Die Besetzung, daß ungenügend vorgebildete Elemente in den Verwaltungsdienst gelangten, sei unbegründet. Die Kommission, die einen großen Teil des Vorschlags der inneren Verwaltung erledigte, vertagte die Weiterberatung auf Mittwoch abend.

Erhöhung der Schweinepreise.

Am 4. November vergangenen Jahres veröffentlichte der Bundesrat eine Verordnung über Höchstpreise für Schweine und Schweinefleisch. Die Preise für Schweine wurden normiert „beim Verkauf von Schweinen zur Schlachtung“, woraus hervorging, daß damit Preise an den Viehmärkten gemeint waren. Die Schweinezüchter indessen legten es dahin aus, daß sie diese Preise „ab Stall“ verlangten. Schon dadurch wurde die Zufuhr stark unterbunden: wenn der Landwirt 100 M. pro Zentner verlangte, so konnte der Händler nicht für 100 M. verkaufen, da er die Transportkosten und sonstigen Spezen zu tragen hat. Man hatte am grünen Bundesratstisch sich nicht um die Bedingungen des Schweinehandels gekümmert, wie man überhaupt sich dort die Aufgabe sehr vereinfacht, ohne sich viel um die Folgen zu kümmern. Jetzt korrigiert sich der Bundesrat: es werden „Stallpreise“ eingeführt: „Beim Verkauf von Schlachtschweinen durch den Viehhalter — heißt es — darf der Preis je Schweinepfund nicht übersteigen. Die Preise für den Handel soll dann die Landesbehörde bestimmen und die Preise für Schweinefleisch im Kleinhandel die Kommunen.

Das ist alles schön und gut. Nur — die Schweinepreise erfahren eine gewaltige Erhöhung!

Nehmen wir Berlin: Bisher galten folgende Preise pro Zentner Lebendgewicht für „normale“ Schweine im Gewicht von 80 bis 100 Kilogramm 100 M., für leichtere — 80 bis 80 Kilogramm — 85 M., für Äußerstschwere — unter 60 Kilogramm — 70 M., für Sauen 95 M.; für vollgemästete schwere Schweine erhöhte sich der Preis: bei Schweinen über 100 bis 120 Kilogramm um 10 Proz., bei Schweinen über 120 Kilogramm um 20 Proz. des Preises für „normale“ Schweine. Das waren also die Preise, die am Berliner Viehhof nicht überschritten werden durften. Jetzt gelten für die Provinz Brandenburg und den Stadtkreis Berlin folgende „Stallpreise“: pro Zentner Lebendgewicht für Schweine im Gewicht von 90 bis 100 Kilogramm 100 M., für solche im Gewicht von 80 bis 90 Kilogramm 90 M., von 70 bis 80 Kilogramm 80 M., von 60 bis 70 Kilogramm 75 M., unter 60 Kilogramm 70 M. Für vollstettschwere, gemästete Tiere erhöht sich der Preis bei Tieren im Gewicht von 100 bis 110 Kilogramm um 10 Proz., bei solchen von 110 bis 120 Kilogramm um 15 Proz., bei 120 bis 140 Kilogramm um 20 Proz., bei solchen über 140 Kilogramm um 25 Proz. — Zum Verkauf kommen in Berlin in der Hauptsache vollfleischige Schweine, die zumeist ein Gewicht über 150 Kilogramm haben. Für diese galt bisher ein Marktpreis von 120 M. pro Zentner. Jetzt gilt für die Mark Brandenburg ein Stallpreis von 125 M. pro Zentner. Der Stallpreis wird also um 5 Mark höher angesetzt als der bisherige Marktpreis.

Wie der neue Marktpreis von der Landesbehörde angesetzt werden wird, weiß man noch nicht. Jedenfalls muß er aber höher sein, als der Stallpreis, da Transportkosten und Händlergewinn hinzukommen.

Für den Preis von Schweinefleisch im Kleinhandel galt bisher folgendes: der Höchstpreis durfte 140 Prozent des Preises für das Lebendgewicht der „normalen“ Schweine im Gewicht von 80 bis 100 Kilogramm nicht übersteigen. Da diese „normalen“ Schweine in Berlin 100 M. pro Zentner, gleich 1 M. pro Pfund kosteten, ergab sich ein Schweinefleischpreis

von 1,40 M. pro Pfund. Wie die Gemeinde jetzt den Preis festsetzen wird, weiß man auch noch nicht. Da aber die Preise am Viehmarkt stark erhöht werden, so werden die Fleischpreise zweifellos auch erhöht werden.

Das Resultat ist also: die landwirtschaftlichen Produzenten haben ihren Willen erzwungen, für sie bedeutet die Erhöhung der Preise erheblichen Gewinn.

Werden sie jetzt mit den Schweinen herausrücken? Der Bundesrat hofft es offenbar, sonst wäre es unverständlich, warum er in eine so starke Erhöhung der Preise willigt. Man wird sich am Bundesratstisch mit dem Grundsatz getroffen haben, daß teureres Fleisch immer noch besser ist als gar keins. Es ist aber die Befürchtung nicht abzuweisen, daß auch diese Erhöhung des Preises den Appetit der Viehzüchter nicht befriedigt, daß sie im Gegenteil dahin kalkulieren werden: haben wir durch das Zurückhalten der Schweine höhere Preise erzwungen, so werden wir durch konsequentes Festhalten an dieser Taktik auch noch mehr erreichen. Nach allen bisherigen Erfahrungen liegt diese Gefahr sehr nahe. Was aber dann?

Uns scheint diese Methode von Grund aus verfehlt. Es kann nur durch die Geltungmachung der Staatsgewalt gegenüber dem Privatinteresse, durch Beschlagnahme der für die Ernährung der Bevölkerung notwendigen Produkte dem Schlimmsten vorgebeugt werden und je länger man damit zögert, desto schwieriger wird die Lösung.

Aus der Partei.

Stellungnahme zur Fraktionshaltung.

Der sozialdemokratische Verein Breslau nahm in einer von mehr als 400 Mitgliedern besuchten Versammlung zur Frage der Kreditbewilligung für den Krieg Stellung. Eingeladen waren die Reichstagsabgeordneten Bauer für Breslau-Ost und Vernstein für Breslau-West. Genosse Vernstein, der auf dem Standpunkt der Minderheit steht, war leider durch Krankheit am Erscheinen verhindert, was allseitig bedauert wurde. Nachdem Genosse Bauer den Standpunkt der Mehrheit begründet, folgte eine lange Aussprache, die von Rednern beider Richtungen sachlich und im kameradschaftlichen Sinne geführt wurde. Zuletzt kam folgende Resolution abschrittweise zur Abstimmung:

Die Mitgliederversammlung gedenkt mit Dank der opfermütigen Brüder im Felde, die unser Land und unser Volk mit ihrem Leben vor den Schrecken der Vernichtung schützen.

Sie stimmt den vielfachen Bemühungen des sozialdemokratischen Parteivorstandes zur Verhandlung mit den Genossen der gegnerischen Länder zu, und bittet ihn, diese Bemühungen im Interesse der Herbeiführung des Friedens fortzusetzen.

Solange die Regierungen der feindlichen Länder keine Friedensbereitschaft zeigen, bleibt es die Pflicht der deutschen Sozialdemokratie, die Mittel zur Abwehr der Gegner zu gewähren.

Die Versammlung bedauert deshalb die Ablehnung der 20 Abgeordneten der Minderheit und kann sich dem Standpunkt ihres leider heute wegen Krankheit ausgebliebenen Abgeordneten Vernstein, der an der Sonderaktion teilnahm, nicht anschließen.

Die Breslauer Genossen fordern von allen Gliedern der Partei, daß sie die Einigkeit und die Geschlossenheit unserer Bewegung bewahren und damit die höchste Pflicht gegen die Kämpfer im Felde und die Familien unserer gefallenen Mitkämpfer erfüllen.

Die beiden ersten und der letzte Absatz wurden einstimmig angenommen, während sich gegen den dritten neun, gegen den vierten zehn von den mehr als vierhundert Stimmen erhoben, so daß der Standpunkt der Fraktionsmehrheit fast einstimmig gutgeheißen wurde.

Eine Konferenz der Funktionäre des Wahlkreises Sachsen-Altenburg nahm nach einem eingehenden Referat des Abgeordneten des Kreises, Genossen Kämpfer, und nach umfangreicher sachlicher Aussprache gegen zwei Stimmen eine Resolution an, nach der die Konferenz erklärt, auch heute noch mit der Haltung der Mehrheit der Reichstagsfraktion einverstanden zu sein, da nach dem Verhalten der Minderheit noch nicht daran zu denken ist, daß die Reichsgrenzen als gesichert angesehen werden können. Das Verhalten der Minderheit sei deshalb nicht nur zu bedauern, sondern zu verurteilen. Weiter heißt es in der Resolution: „Die Gegner sind zum Frieden noch nicht geneigt — einzelne Stimmen, die laut werden, sind kein Beweis vom Gegenteil — so daß keine Möglichkeit für Deutschland besteht, Frieden anzubieten. Die Haltung der Reichstagsfraktion ist demnach folgerichtig, und es muß auch der Fraktion das Recht gewährt werden, ihren Beschlüssen bindende Kraft zu geben, denn mittelbar handelt die Fraktion als Organ der Partei; Anwesenheit unter sie muß unter allen Umständen gefordert werden. Es ist deshalb das Vorgehen der Zwanzig als Disziplinbruch zu werten, der die Partei schädigt. Unsere Aufgabe muß jedoch sein, die Einheit der Partei aufrechtzuerhalten. Das Verhalten der Minderheit ist aber nicht dazu geeignet.“

Eine Kreisversammlung für den Wahlkreis Rothenburg-Soposwerda, die von 18 Delegierten besucht war, nahm nach einem Referat des Reichstagsabgeordneten Girbig eine Resolution an, welche die Politik der Mehrheit der Reichstagsfraktion billigt und die Ablehnung der Kredite durch die 20 Genossen von der Minderheit mißbilligt.

Einstellung eines Verfahrens.

Gegen den Genossen Dr. Ernst Meyer, Redakteur des „Vorwärts“, war im Dezember v. J. ein Verfahren wegen Uebertretung des Pressegesetzes eingeleitet worden. Die Uebertretung wurde in dem Druck der Eingabe an den Parteivorstand vom 3. Juli v. J. (Antwort auf das Friedensmanifest des Parteivorstandes) gesehen. Das Verfahren ist nun am 11. Februar eingestellt worden.

Aus Groß-Berlin.

Erweiterung der Kriegsfürsorge.

Die unterm 21. Januar 1916 erlassene neue Bundesratsverordnung bezüglich der Unterstützung von Familien der in den Heeresdienst eingetretenen Mannschaften (mitgeteilt im „Vorwärts“ vom 23. Januar) hat den Kreis der Unterstützungsberechtigten erweitert. Hiernach müssen die Gemeinden in Ausübung der Kriegsfürsorge die entsprechenden Maßregeln treffen und für die neu hinzukommenden Unterstützungsempfänger die nötigen Mittel bereitstellen. In Berlin hat der Magistrat jetzt bei der Stadtverordnetenversammlung beantragt, sich damit einverstanden zu erklären, daß auf Grund jener Bundesratsverordnung

1. den Angehörigen von Mannschaften, die sich in Erfüllung ihrer gesetzlichen aktiven Dienstpflicht befinden, soweit sie nach den bisherigen Bestimmungen überhaupt nicht oder nur in beschränkter Maße unterstützungsberechtigt waren,
2. den Angehörigen von Reichsangehörigen, die an der Rückkehr aus dem Ausland infolge feindlicher Maßnahmen ver-

Hindert oder vom Feinde verschleppt worden sind, auch soweit letztere nicht mehr im wehrfähigen Alter stehen.
8. den Pflegeeltern und Pflegekindern die Familienunterstützung und der städtische Zuschuß in gleicher Weise wie den bisher schon zum Empfang der Kriegsunterstützung berechtigten Verwandtenklassen gezahlt wird.

Regelung der Butterverteilung.

Gestern hat im Berliner Rathaus unter Vorsitz des Oberbürgermeisters W. E. m. u. t. h. eine Besprechung zwischen Berlin und Vertretern sämtlicher Nachbarorte einschließlich der Kreise Teltow und Niederbarnim über die künftige Regelung der Butterversorgung stattgefunden. Veranlaßt wurde die Beratung dadurch, daß an die jetzigen Städte, welche ausländische Butter und inländische Kontingentsbutter vom Reichseinkauf erhalten, das Verlangen gestellt worden ist, für die Zeit von etwa Anfang März ab eine Kontrolle der Butterverteilung von Gemeindefwegen einzuführen. Die hierüber unter den Groß-Berliner Gemeinden gepflogenen Beratungen haben zu einem völligen Einvernehmen geführt.

Strenge Ueberswachung des Gemüsehandels.

Die Preisprüfungsstelle Groß-Berlin sieht sich, besonders im Hinblick auf die nunmehr eingetretene Neuregelung des Handels mit Gemüse, Zwiebeln und Sauerkraut veranlaßt, darauf hinzuwirken, daß in Zukunft die Ueberswachung des Handels mit ausländischem Weiß-, Rot- und Birfingbohnen nach den nunmehr gültigen Bestimmungen streng durchgeführt wird. Insbesondere wird darauf ausmerksam gemacht, daß die Händler verpflichtet sind, den Aufträgen der Preisprüfungsstelle nach § 8 der Bundesratsverordnung vom 25. September 1915 über alle Tatsachen Auskunft zu erteilen, unter anderem ihnen auch Rechnungen, Frachtbriefe usw. vorzulegen.

Verufsvormundschaft für Geistesranke.

In der gestrigen Sitzung der Deputation für die städtischen Anstalten wurde u. a. beschlossen, mit den Pflanzstätten ober Vormundschaften für die in der Anstalt in Uebung gebrachten Kranken verhandelt zu werden, um bei dem städtischen Vormundschaftsamt angefallene Verufsvormund zu betrauen.

Die Verufsvormund für entlassene Geistesranke hat infolge der durch den Krieg verursachten mannigfachen Schwierigkeiten in dem letzten Verwaltungsjahre sich darauf beschränken müssen, ihre Fürsorgepflicht im alten Umfange auszuüben zu erhalten.

Trotz der Unbeständigkeit der Erwerbsmöglichkeiten konnten indessen die Pfleglinge in größerer Zahl als sonst zur Bestreitung ihres Unterhaltes ganz oder teilweise herangezogen werden.

Gestohlene Kunstwerke.

Ein Diebstahl von Kunstwerken ist im Westen der Stadt verübt worden. Aus einem Atelier in der Königin-Augusta-Straße sind auf bisher noch unaufgeklärte Weise drei Originalstatuen eines verstorbenen großen Künstlers verschwunden. Es kann nur die Zeit vom 28. Januar bis 9. Februar in Betracht kommen. Während dieser Zeit haben Freunde vor dem Hause abgeladen. Man vermutet, daß bei dieser Gelegenheit die Kunstwerke aufgefunden und mitgenommen worden sind. Sie sind so schwer, daß sie ohne Führer gar nicht weggeschafft werden konnten. Ueber ihren Verbleib ist bis jetzt noch nichts ermittelt. Möglicherweise sind die Statuen als Werke von hohem Kunstwerte Liebhabern angeboten worden. Es ist aber auch nicht ausgeschlossen, daß man versucht wird, sie durch Einschmelzen zu Geld zu machen, weil auch die Bronze an sich einen erheblichen Wert hat. Es handelt sich um einen Halbalt in Bronze, der eine Tänzerin mit Schleier darstellt. Die Gestalt trägt die rechte Hand auf die Hüfte und läßt die linke gerade herunterfallen und auf ein durchscheinendes Lamberin aufsitzen. Der Körper der lebensgroßen Gestalt, die 3-4 Zentner wiegt, ist aus Goldbronze, der Schleier aus grüner Bronze. Das Werk ist 6000 M. wert. Die zweite Gestalt ist ein Ganzalt, eine stehende Tänzerin mit geschlossenen Beinen und erhobenen Händen, die einen Schleier hinter sich hält. Die Figur ist 60 Zentimeter hoch und aus grüner Bronze und 2000 M. wert. Die dritte Bronzestatue stellt die Italia dar und ist 70 Zentimeter hoch. Sie ist schwarzlich braun, ebenso das Gewand. Der Körper ruht auf dem linken Bein, während das rechte auf dem Sockel steht. Die Italia trägt Diadem und Krone. Ihr Wert beträgt 2500 M.

Raubmordversuch in Teltow.

In Teltow ist vorgestern am hellen Tage ein Raubmordversuch verübt worden, der das Städtchen in große Aufregung versetzt hat. Gegen 11 Uhr vormittags erschien am Montag in dem Zigarrengeschäft von Jakob in der Berliner Str. 8 ein unbekannter Mann, der bei allem im Laden anwesenden Frau Jakob einen Brief überreichte, auf dessen Beantwortung er warten wollte. In dem Augenblick, in dem die Frau den Brief öffnen wollte, verlegte der Mann ihr mit einem bereit gehaltenen schweren Hammer mit langem Stiel über den Nacken hinweg einen wuchtigen Schlag gegen den Kopf. Glücklicherweise hatte Frau J., der der Unbekannte von vornherein wenig vertrauenswürdig erschien, die verdächtige Bewegung des Mannes bemerkt und sich unwillkürlich zur Seite geneigt. Das war ihr Glück, denn sonst hätte der wuchtige Schlag sie mitten auf den Kopf getroffen und sie wahrscheinlich getötet. So streifte der Hammer sie nur an der rechten Kopfsseite, wo er eine klaffende Wunde verursachte. Nun rief die Ueberlebende laut um Hilfe und veruchte auf die Straße zu eilen. Daran wurde sie jedoch von dem Räuber gehindert. Trotz ihrer Verletzung gelang es aber der mutigen Frau, dem Verursacher den Hammer aus der Hand zu reißen, sich von ihm zu befreien und auf die Straße zu laufen. Der Täter wurde von Postanten, die durch die Hilferufe der Frau aufmerksam geworden waren, verfolgt und nach einer wilden Jagd eingeholt und überwältigt. Auf dem Polizeibureau wurde der Festgenommene als der 31jährige Arbeiter Toporoffi festgestellt. Er, der aus Lodz bei Polen stammt, war mehrere Monate hindurch bei den Märanlagen Mühlendorf in der Nähe von Teltow beschäftigt gewesen und dort vor kurzem entlassen worden. Der Räuber wurde dem Amtsgerichtsgefängnis zugeführt. Er hat eingestanden, daß er die Wadentasche plündern wollte und entschlossen war, sich ihm entgegenstehende Personen mit dem schweren Hammer niederzuschlagen. Frau J. mußte zwar ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen, kann aber bereits wieder das Geschäft versehen.

Aus den Gemeinden.

Lebensmittelfragen in der Schöneberger Stadtverordnetenversammlung.

Die sozialdemokratische Fraktion hatte zu der Sitzung am Montag folgenden Dringlichkeitsantrag eingebracht: Auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung und Verteilung umgehend Vorkehrungen zu treffen, die verhüten sollen, daß Unzuträglichkeiten und Ungerechtigkeiten, die sich beim Verkauf von Butter, Margarine usw. entwickeln können, weiter bestehen können.

Ferner ist dafür zu sorgen, daß die Bevölkerung genügend gute Speisefarbstoffe erhält, deren Preis den Höchstpreis nicht übersteigen darf.

Dringend notwendig ist es, den Ein- und Verkauf von Schweinefleisch in soeben und geräucherter Zustände unzugänglich zu organisieren.

Die Verteilung der Lebensmittel ist so zu gestalten, ähnlich der Brotkarte, daß ein jeder berücksichtigt wird.

Genosse Ritter führte begründend aus, daß sich der Einkauf von Butter, Margarine und anderer Lebensmittel immer unzuträglich gestaltet. Bereits um die Mittagszeit stellen sich große Mengen von Käufern an, um nach stundenlangem Warten in Wind und Wetter etwas Ware zu ergattern; häufig komme es vor, daß die Wartenden mit leeren Händen nach Hause gehen müßten. Vielen sei es überhaupt nicht möglich, sich in Besitz von Fettwaren zu setzen, da Arbeitsbeschwerden dies nicht zulasse. Auch ein Mangel an guten Speisefarbstoffen mache sich recht fühlbar. Da die Brotkartentration gekürzt sei, so müssen um so mehr Kartoffeln verzehret werden. Dem Ein- und Verkauf von Schweinefleisch müsse näher getreten werden. Jetzt sei es einem Glücksumstand zu danken, wenn jemand in den Besitz von Schweinefleisch gelange. Besonderer Wert bei der Lebensmittelversorgung müsse darauf gelegt werden, daß jeder auf ein bestimmtes Quantum ein Anrecht erhält, ohne stundenlang bei Wind und Wetter auf der Straße stehen zu müssen.

Stadtv. Meyer (Lib. Frakt.) hält eine Lobrede auf die Volks- und Mittelstandsliste.

Stadtrat Leicht bemerkt zu der verlangten Einführung der Butterkarte, daß diese jedem einzelnen ein Recht auf Butter einräume und das sollte vermieden werden. Die Höchstpreise könnten nicht herabgesetzt werden, da sonst die Zufuhr abflauen würde. Die Vorberatungen über Einführung der Butterkarte sind ihrem Abschluß nahe. Stadtrat Jacobs erklärt, in den städtischen Fischhallen werden dauernd gute Speisefarbstoffe verkauft und habe auch Mangel daran niemals bestanden. Jemandem Klagen müßten ihm sofort mitgeteilt werden und es werde demgemäß eingegriffen werden. — Stadtv. Vester (Lib.) stellt den Antrag, einen Ausschuß einzusetzen, der die vorgebrachten Beschwerden prüfen solle. Dem wird zugestimmt.

Hierauf wurde beschlossen, die Kur- und Verpflegungssätze des Augusta-Viktoria-Krankenhaus zu erhöhen. Neuaufzunehmende einheimische Patienten zahlen pro Tag 8,50 M., auswärtige zahlen 4,50 M. für die 3. Klasse; in der 2. Klasse werden von einheimischen Patienten 8 M. und von auswärtigen 9 M.; in der 1. Klasse von einheimischen 14 M., von auswärtigen 15 M. erhoben.

Hierauf folgte eine geheime Sitzung.

Verkauf von ausländischem Schmalz in Pankow.

Vom heutigen Tage ab wird in den durch Anschläge bekannt gemachten Geschäften bis auf weiteres ausländisches Schmalz, gegen Vorgeigung der Berechtigungskarte zum Bezuge von Schmalz, verkauft werden.

Der Verkauf des Schmalzes an das Publikum findet in der Weise statt, daß einzelfühende Personen auf die ihnen ausgehändigten Berechtigungskarten zum Bezuge von Schmalz wöchentlich $\frac{1}{2}$ Pfund, Familien auf jede Karte wöchentlich $\frac{1}{2}$ Pfund Schmalz entnehmen können.

Der Verkaufspreis beträgt 1,65 M. für $\frac{1}{2}$ Pfund und 0,83 M. für $\frac{1}{4}$ Pfund.

Die Verkäufer sind verpflichtet, beim Verkauf die entsprechenden Abschnitte der Karte für die laufende Woche abzutrennen und an die Lebensmittelabteilung des Rathauses zurückzuliefern.

Gemeindevertreterwahlen in Neuenhagen.

Nach einem Abkommen mit den Grundbesitzervereinen von Neuenhagen-Postparten sollten die Wahlen zur Gemeindevertretung im Zeichen des Burgfriedens stattfinden. Da sich die Kandidaten der Sozialdemokratie zurecht im Felde befinden und die Mandate nicht während des Krieges unbesetzt bleiben sollten, so wurde in einer gemeinsamen Zusammenkunft der Vorstände der verschiedenen Vereine beschlossen, vorläufig Ersatzkandidaten zu wählen und später die aus dem Felde zurückkehrenden eigentlichen Kandidaten, ebenfalls unter dem Burgfrieden, zu wählen. Hinterher sind nun den Bürgerlichen wohl Bedenken aufgestiegen, denn in einer späteren Zusammenkunft erklärten einige Herren, für ihre aus dem Felde zurückkehrenden Mitglieder nicht die Garantie übernehmen zu können, daß nach Niederlegung der Mandate der Ersatzkandidaten die Wahl der eigentlichen Kandidaten auch unter dem Burgfrieden stattfinden würde. Infolgedessen beschloß der örtliche sozialdemokratische Wahlverein, keine Ersatzkandidaten vorzuschlagen, sondern gleich endgültig die Genossen Abeling und Schumann aufzustellen.

In nächster Zeit beginnt die Gemeinde mit dem Verkauf von Schmalz und Heringen; Schmalz ist aber nur zu dem Preise von 8,30 M. pro Pfund zu haben.

Soziales.

Militärrente und Lohn.

Wir erhalten folgende zutreffenden Darlegungen über das Verhältnis von Militärrente zum Lohn:

Nach den in verschiedenen Lazaretten und gewerblichen Betrieben gemachten Erfahrungen halten sich kriegsbeschädigte Rentenempfänger häufig deshalb von der Arbeit fern, weil sie glauben, daß lohnbringende Beschäftigung eine Verminderung ihrer Rente zur Folge habe. Wir irrig eine solche Auffassung auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen ist, ergibt sich aus nachstehenden Ausführungen.

Die Höhe der Militärversorgung wird nicht nach der Erwerbstätigkeit, die im allgemeinen in der Höhe des Lohnes ihren Ausdruck findet, sondern nach der Erwerbsfähigkeit bemessen. Der Grad der Erwerbsfähigkeit wird in erster Linie nach dem aus den Folgen der Dienstbeschädigung sich ergebenden Gesundheitszustand bestimmt. Die Erwerbsverhältnisse und alle übrigen Umstände werden zur Beurteilung mit herangezogen, können aber niemals von ausschlaggebender Bedeutung sein. Ist ein Dienstbeschädigter gänzlich erwerbsunfähig, so erhält er die Vollrente, ist er teilweise erwerbsunfähig, die Teilrente des entsprechenden Dienstgrades. Im allgemeinen wird allerdings der gänzlich Erwerbsunfähige nicht oder wenig in der Lage sein, sich einen Verdienst zu verschaffen. Anders ist es aber bei dem nur teilweise Erwerbsunfähigen. Dem Sinne des Gesetzes nicht allein, sondern ebensowohl der sittlichen Auffassung unseres Volkes entsprechend ist er verpflichtet, die ihm verbliebene Arbeitskraft nutzbringend zu verwenden. Er befindet sich in einem großen Irrtum, wenn er glaubt, daß die Rente, die ihn nur für den Teil der verminderten Arbeitsfähigkeit entschädigen soll, zur Bestreitung seines Lebensunterhaltes ausreichen müsse. Was ihm zur Dedung seiner Ansprüche fehlt, muß und kann er sich bei gutem Willen verdienen. Dieser Verdienst kommt ihm zugute, ohne eine Schmälerung seiner Rente herbeizuführen. Denn die Rente hängt, wie schon gesagt, lediglich von dem zeitigen körperlichen Zustand ab und nicht von anderen Verhältnissen, wie z. B. der Höhe des Verdienstes. Leute, die größere Glieder (Arm, Bein, Hand) oder das Augenlicht verloren haben, können die Verarmungszulage niemals verlieren, auch wenn sie einen noch so hohen Verdienst haben. Die Kriegszulagen verbleiben ihnen in derselben Höhe, solange sie überhaupt in dem gesetzlichen Mindestgrade (10 Proz.) erwerbsbeschränkt sind.

Wer also z. B. infolge Verlustes des linken Armes neben der Rente eine Kriegszulage von 15 M. monatlich und Verarmungszulage von 27 M. monatlich erhält, behält die Zulage unverändert lebenslanglich, weil naturgemäß die durch die Folgen der Verletzung bedingte Erwerbsunfähigkeit niemals weniger als 10 Proz. betragen wird. Hierauf geht hervor, daß er auch die an und für sich veränderliche Rente nie ganz verlieren wird. Auch der völlig Erblindete behält seine Verarmungszulage und die Kriegszulage lebenslanglich neben einer hohen Rente, auch wenn er zur Verbesserung seiner wirtschaftlichen Lage eine der vielen für Blinde vorhandenen Erwerbsmöglichkeiten ergreift.

Jeder noch einigermaßen erwerbsfähige kriegsbeschädigte wird gut daran tun, sich um eine Erwerbsquelle zu bemühen; denn die Arbeit schafft Freude am Leben und hilft über manche Widerwartigkeiten hinweg.

Die Vorgehens als Verführerin.

Ein ungewöhnlicher Fall sittlicher Verwahrlosung wurde gestern unter Ausschluß der Öffentlichkeit vor der Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts verhandelt.

Die in dem Prozeß als Klägerin auftretende 23jährige Verkäuferin Betty B. war in einem Zweigengeschäft der Beklagten, der Davanna-Gesellschaft, tätig gewesen und wurde auf Mitalungen hin, die der Gesellschaft von verschiedenen Seiten über den Lebenswandel zugehen, sofort entlassen. Wie der Vertreter der Beklagten in der Verhandlung ausführte, sei er bald nach Antritt des Fr. B. von einem ihm bekannten Herrn darauf aufmerksam gemacht worden, daß die Dame gern verschwiegene Hotels in Begleitung zu besuchen liebe. Was aber dem Fr. B. den Boden ausgeschlagen habe, das seien die Beschwerden der Eltern des jungen Mädchens gewesen, das der Klägerin zur Unterstützung in Gesellschaft beigegeben worden sei. Diese Anschuldigungen wären so haarsträubender Art gewesen, daß jeder Arbeitgeber, der eine solche Angeestellte auch nur eine Stunde länger beschäftigt hätte, sich selber strafbar gemacht hätte. — Zur Klärung des Sachverhaltes hatte das Kaufmannsgericht die Vernehmung des 18jährigen Mädchens angeordnet. Die Aussage dieser Frau war für die ihr vorgelegte Verkäuferin geradezu vernichtend. Diese wollte das unvorhergesehene junge Mädchen systematisch der Prostitution zuführen. Die Klägerin streift sämtliche Anschuldigungen ab, was den Vorstehenden veranlaßte, der Belastungszeugin eindringlich ins Gewissen zu reden. Sie solle sich eindringlich prüfen, ob sie alles, was sie ausgesagt habe, auch verantworten könne, denn es handele sich hier um mehr als den geldlichen Anspruch der Klägerin. Das junge Mädchen blieb aber dabei und beschwor auch auf Beschluß des Gerichts ihre Befundung.

Nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme hielt das Kaufmannsgericht die sofortige Entlassung für durchaus begründet. Um der Abweisung zu entgehen, nahm die Klägerin auf Anraten des Gerichts die Klage zurück.

Gerichtszeitung.

Gewässerte Brotkarten-Abschnitte.

Mogeleien bei der Abgabe der Brotkarten-Abschnitte seitens einzelner Bäckermeister kamen bei einer Anklage zur Erörterung, die den Bäckermeister Gustav Bruschwitz geübt vor das Schöffengericht Berlin-Mitte unter Vorsitz des Amtsgerichtsrats v. Treßlow führte.

Die Brotkarten-Abschnitte werden von den Bäckern, die sie in Empfang genommen haben, gesammelt und wöchentlich zu der zuständigen Brotkommission gebracht; da diese nicht in der Lage ist, die vielen Abschnitte einzeln nachzuschauen, so werden sie gewogen und auf Grund des ermittelten Gewichts erhält dann der Bäckermeister vom Magistrat die Mehlmenge zugewiesen, die nach den bestimmt festgesetzten Verhältniszahlen als seinem Bedarf entsprechend herausgerechnet wird. Mehrere Bäcker sollen nun, wie behauptet wird, versucht haben, das Gewicht künstlich zu erhöhen durch Beimengung von Papierstücken, Kuchenkrümeln, Sand, Mehl und in zahlreichen Fällen durch Anfeuchtung und zwar zu dem Zweck, die Zuweisung einer größeren Anzahl Mehlmarken zu erreichen, als ihnen nach den abgelieferten Brotmarken zukommt. Auch der Angeklagte soll nach der Behauptung der Anklage einer solchen Missetat sich schuldig gemacht haben. Die Tochter des Angeklagten brachte am 31. Oktober in Gemeinschaft mit einem anderen jungen Mädchen die in der Woche vom 25. bis 31. Oktober angefallenen Brotmarken-Abschnitte nach dem Geschäftszimmer der Brotkommission. Sie befanden sich in einer großen festen Kaufmannstüte. Das dienftuende Fräulein wurde von den beiden ihr zur Hilfeleistung beigegebenen Schülern darauf aufmerksam gemacht, daß die Abschnitte zu feucht seien; als sie dies der Tochter des Angeklagten vorhielt, erfolgte die Antwort, daß die Tüte ja bei festem Regen, wenn auch unter einem Regenschirm, getragen worden sei. Die beamtete junge Dame will aber darauf hingewiesen haben, daß ja die Tüte selbst trocken sei und selbst wenn Regen an sie herangekommen sein sollte, doch die in der Mitte der Tüte liegenden Abschnitte trocken sein müßten, was aber nicht der Fall war. Nach Abzug des Gewichts der Tüte wurde das Gewicht der Abschnitte auf 1884 Gramm festgestellt und danach dem Meißter sein Mehlquantum zugewiesen. Nach Austrocknung der Marken sank das Gewicht auf 1815 Gramm, so daß sich eine Differenz von 119 Gramm ergibt und der Angeklagte nach der Umrechnung in Mehl 116 Kilogramm Mehl mehr erhalten hat, als ihm zulegt. Es wurde Anklage wegen Vergehens gegen die Bundesratsverordnung über Abgabe von Mehl an Händler erhoben. Der Angeklagte bestritt entschieden, seinerseits irgendwas getan zu haben, um die Brotkarten-Abschnitte künstlich zu befeuchten; er habe die Marken so abgeliefert, wie er sie erhalten und forme die Feuchtigkeit nur darauf zurückzuführen, daß sie zum Teil beim Ueberbringen durch die Kunden Regen abgekühlt und zum Teil bei dem Regenwetter an und für sich feucht gewesen seien. — Die Tochter des Angeklagten und die bei dem Transport mit beteiligt gewesene Frau befanden, daß die Tüte und die Abschnitte infolge des starken Regens naß geworden seien. — Amtsanwalt Lorenz wollte diese Behauptung, da sie eine zurechtgemachte Ausrede sei, nicht gelten lassen und beantragte gegen den Angeklagten eine Geldstrafe von 800 M., evtl. 120 Tage Gefängnis. — Rechtsanwalt Harker hielt eine Freisprechung für geboten. — Das Schöffengericht sprach den Angeklagten im Sinne der Anklage schuldig und verurteilte ihn zu 300 M. Geldstrafe evtl. 60 Tagen Gefängnis.

Aus aller Welt.

Schwindel über Schwindel.

In welcher unerhörten Weise heute das kaufende Publikum begannert und beschwindelt wird, haben wir schon des öfteren an frassen Beispielen gezeigt. Die „Dortmunder Arbeiter-Zeitung“ stellt nun wieder mehrere solcher Fälle zusammen, die uns zeigen, daß der Schwindel nach wie vor blüht und seinen Urhebern ein erträgliches Dasein schafft.

Ein Händler R. Krüger in Stettin bot Schmalz-erfay zum Preise von 18 M. für 10 Pfund an. Vorkäufer, die darauf hineinfielen, bekamen entweder eine geleeartige Masse, die aus 80 Proz. Wasser, 6,5 Proz. Kochsalz und Antosenleim bestand, oder eine breite Masse, die 70 Proz. Wasser, 18 Proz. gefochte Kartoffelbestandteile, 6 Proz. Fett, Spuren von Fleischbestandteilen und viel Thymian enthielt. Der Nährwert war nur sehr gering, und der Preis im Verhältnis zum wirklichen Wert mindestens um das Dreifache zu hoch.

Ein Stuttgarter Firma empfiehlt „Salatöl-Erfay“, das angeblich von dem Geheimen Regierungsrat Dr. H. Freylenius chemisch untersucht und praktisch geprüft worden ist. Der Bochumer Konsumverein „Vohlfahrt“ warnt vor dem Kauf dieses Surrogats und bezeichnet die Behauptung, daß dieses „Salatöl-Erfay“ sich ebenso eignet wie bestes Salatöl, als puren Schwindel.

Demselben Konsumverein war auch eine „weiche Schmierseife“, das Pfund zu 30 Pf., angeboten worden. Er übergab diese Offerte der Seifenfabrik der Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine Düsseldorf und diese stellte fest, daß es sich um ein ganz minderwertiges Fabrikat handelt, das nur 2-10 Proz.

Feilsäuregehalt hat. Der Preis von 30 Pf. pro Pfund müsse als Zuckerpreis bezeichnet werden. Außerdem besteht der Nachteil, daß die Frauen sich ihre Wäsche mit dieser Seife vollständig ruinieren.

Diese Beispiele mögen diesmal wieder genügen. Sie sind ein Beweis, daß an der energischen Bekämpfung der Schwindler und Betrüger durch die Behörden nicht genug getan werden kann. Die große Masse des Volkes weiß nicht, wie sie mit ihrem größtenteils nur geringen Einkommen sich durchschlagen soll, und einzelne benutzen die Notlage, daß eine Knappheit an manchen Dingen besteht, um sich übermäßig zu bereichern. Was von einzelnen Großhändlern verdient wird, zeigt nachstehender Fall, der geradezu typisch zu sein scheint:

Der Oberbürgermeister von Köln entzog einem Kaufmann die Verordnungen zum Handel mit Lebensmitteln, der in weniger als einem Jahre bei einem Umsatz von 700 000 M. einen Bruttogewinn von über 300 000 M. erzielt hat. Seine Einnahmen können nur gering gewesen sein, da er kein Lager unterhielt. Der Geschäftsmann, der bis zum Februar 1915 in Wein und Spirituosen gehandelt hatte, suchte durch Zeitungsanzeigen Kunden und dann auf demselben Wege die Lieferanten. Sein Rohgewinn betrug bei Margarine 30 Proz., Biskolade 60 Proz., Schweizer Schokolade 83 1/2 Proz., Bonbons 66,6 Proz., Kustbonbons 40 bis 46 Proz., Toradobonbons 72,9 Prozent, Zuckerhonig 52 Proz., Honigzucker 34,6 Proz., Karamellbonbons 87,5 Proz., Zwiebeln 34,6 Proz., Würstchen 30 Proz., Würstchen 25 Proz., Würstwaren 31,5 Proz., Senf 25 bis 31 Proz., Obst in Dosen 33 1/2 bis 68,3 Proz., Fertige 45 Proz., Stangenseife 53 Proz., Toilettenseife 83 Proz., Hofenträger 81,8 Proz.

Von einem Kriegsgefangenen Russen erschlagen wurde in dem Gefangenenlager Bobloy (Pommern) der Landsturmann Samuel Gerlach aus Terranova bei Elbing. Aus unbekannter Ursache wurde er plötzlich von einem Kriegsgefangenen überfallen und ihm der Schädel gespalten, so daß nach 24 Stunden der Tod eintrat. Der Mord wurde sofort verhaftet.

Der Mörder seiner Braut. Aus Breslau wurden seit einiger Zeit der Arbeiter Paul Holz und seine Braut, das Dienstmädchen Maria Gasse, vermißt. Montag entdeckte man die Leiche des Mädchens in einem unbewohnten Kellerraum im Hause der Mutter des Schöls. Das Mädchen ist, nachdem an ihm ein Sittlichkeitsverbrechen verübt worden, mit den Händen erschossen worden. Darauf hat der Mörder ihr einen Strich um den Hals gelegt und fest zugeknüpft, augenscheinlich, um zu verhindern, daß die Erwürgte sich wieder erhole. Von dem Mörder fehlt bisher jede Spur.

Abtuz eines englischen Fliegers. Einem Telegramm aus London zufolge stürzte Reinham, einer der besten englischen Flieger, als er einen Apparat ausprobierte, aus einer Höhe von 700 Metern ab und wurde in bedenklichem Zustande ins Spital gebracht.

Tödlicher Unfall eines holländischen Generals. Aus Batavia wird berichtet: General Wichtelien, Befehlshaber der niederländischen Truppen auf Java, war bei Krampang im westlichen Java mit dem Leutnant Terpoorten zu einem Fluge aufgestiegen.

Die Flugmaschine stürzte herab; der General wurde auf der Stelle getötet, der Leutnant schwer verletzt.

Unterschlagung von Kirchengeldern. In Dresden ist der 63 Jahre alte Kirchenbeamte und Kassierer der Drei-Königs-Kirchengemeinde Prodnik wegen Unterschlagung von Kirchengeldern verhaftet worden. Die bisherigen Nachprüfungen ergaben einen Fehlbetrag von 30 000 M.

Der Brand in Schenectady ist nach einer neueren Meldung des New Yorker Bureaus nicht so ausgedehnt gewesen, wie zuerst berichtet. Es ist nur ein kleines Gebäude der Munitionsfabrik zerstört worden.

Neun Opfer des Dampferunfalls in Budapest. Bei dem Unglück an der Landungsbrücke in Budapest, das sich am 31. Januar ereignete und über das wir berichtet, haben nach Feststellung der Budapest Polizei neun Personen den Tod gefunden.

Ein Gewitter entlud sich in der Nacht zum Dienstag über Dresden. Die zur jetzigen Jahreszeit seltene Naturereignis, das von Sturm- und Hagelwetter begleitet war, dauerte aber nur kurze Zeit.

Sulkanische Erscheinungen. In Hopfenberg bei Bodenbach ist ein ehemaliger Vulkan abermals in Bewegung geraten. Große Erdstöße fanden statt. Fünzig Sappeure sind zur Hilfeleistung im Rutschgebiet eingetroffen.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 455 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:
Infanterie usw.: Garde: 2. Garde-Reg.-Reg. Gren., bezw. Inf., bezw. Inf.-Regimenter Nr. 1, 8, 4, 13 bis einschl. 16, 31 bis einschl. 34, 38, 39, 41 bis einschl. 44, 46, 49, 51, 53, 54, 62, 66, 75 (f. Inf.-Reg. Nr. 51) 83 (f. Inf.-Reg. Nr. 252), 93 bis einschl. 97, 109, 110, 111, 113, 114, 115 (f. auch Inf.-Reg. Nr. 173), 130 (f. Inf.-Reg. Nr. 253), 153, 154, 155, 156 (f. auch Inf.-Reg. Nr. 51), 157, 160, 161, 163 bis einschl. 166, 168, 170 bis einschl. 176, 184, 187, 188, 189. Ref.-Inf.-Regimenter Nr. 1, 8, 11, 15, 35, 39, 46, 52, 55, 61, 65 (f. auch Ref.-Inf.-Reg. Nr. 73), 66, 73, 93, 94, 98, 99, 100, 110, 206, 209 (f. Gren.-Reg. Nr. 1), 234, 252, 254 bis einschl. 257, 259, 260, 265. Landw.-Inf.-Regimenter Nr. 4, 12, 32, 38, 40, 46, 52, 65, 93, 99, 109, 110, 116. Landst.-Inf.-Bataillone: Pforzheim, 8, 4, 5, und 10. Bofen, 2. und 3. Potsdam, Preussisch-Stargard, 1. Ratowisch, Redlinghausen, 1. und 2. Rendsburg, Rheint, Rottorf, 2. und 3. Saarbrücken, 1. und 2. Saarlouis, 1. Schlawe, Schleswig, 1. Schneidemühl, 1. Siegburg, Seft, Solingen, 1. und 3. Sonderhausen, Sprotau, 2. Stade, Stargard i. Pomm., Landst.-Inf.-Ers.-Bataillone: 8. des 4. Armeekorps (Dresdinburg), Saargemünd, 4. und 6. Saarlouis, Schwedt a. O., 4. des 6. Armeekorps (Schweidnitz), 5. und 6. des 7. Armeekorps (Semme). Landst.-Inf.-Ausbildungsbatt. Saarburg. Jäger-Bataillone Nr. 6 und 14; Ref.-Batt. Nr. 14. Ref.-Maschinengew.-Batt. Nr. 4.
Kavallerie: Dragoner Nr. 13; Husaren Nr. 1, 8, 13; Ref.-Husaren Nr. 8; Ref.-Mann Nr. 3; Jäger zu Pferde Nr. 13. Landw.-Abt. Nr. 2.
Feldartillerie: Reg. Nr. 57 (f. Landw.-Feldart.-Reg. der 4. Landw.-Div.); Ref.-Regimenter Nr. 15 und 59; Landw.-Reg. der 4. Landw.-Div. Gebirgs-Bauabtl.-Reg. Nr. 1.
Fußartillerie: Reg. Nr. 6; Ref.-Reg. Nr. 14. Fußartillerie-

Batterien Nr. 269 und 285; 9. Jentimeter-Batterie der 16. Landw.-Division.

Pioniere: Regimenter Nr. 23, 29, 85; Bataillone: I. Nr. 1, Nr. 5 (f. Feldfliegertruppe), I. Nr. 6, I. Nr. 17, I. Nr. 21, I. und II. Nr. 26, II. Nr. 27; Ers.-Batt. des Pionier-Bataillons Nr. 16; Ref.-Pionier-Komp. Nr. 46; 4. Landst.-Komp. des 3. Armeekorps.

4. Garde-Minenwerfer-Komp. Minenwerfer-Komp. Nr. 182. Verfehrstruppen: Militär-Eisenbahndirektion V. Linien-Kommandantur Lüttich. Eisenbahn-Reg. Nr. 2. Armee-Kreisprüch.-Abt. Nr. 11. Feldfliegertruppe. Stappen-Kraftwagenpark Nr. 4. Train: Train-Abt. Nr. 15. Korps-Brückenpark Nr. 2 des 2. Armeekorps.

Munitionskolonnen: Ref.- (F) Artillerie-Munitionskolonnen-Nr. 70. Stappen-Munitionskolonnen Nr. 58. Armierungsbataillone Nr. 62, 63, 64, 67, 93, 117.

Feldpost.
Liste Nr. 1 der in Kriegsgefangenschaft befindlichen und jetzt in der Schweiz untergebrachten preussischen Heeresangehörigen wird veröffentlicht.

Der Schluß der sächsischen Verlustliste Nr. 253 wird mitgeteilt, deren Inhalt wir gestern angaben.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Rosenthal. Donnerstag, den 17. Februar, abends 6 Uhr, im großen Sitzungssaal des neuen Verwaltungsgebäudes, Hauptstr. 94.
Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Briefkasten der Redaktion.

Minna. An das Landratsamt des Kreises Teltow in Berlin W. Bismarckstraße 13. — C. M., Köln. Bericht erhalten. War aus bestimmten Gründen nicht möglich abzubringen. — C. J. 2000. 1. Ja. 2. Nein. — Heinz 1910. Wenn die Kündigung ordnungsgemäß erfolgt, ist der Mieter, auch wenn er zum Heredienst eingezogen ist, zur Minderung der Wohnung verpflichtet. — Steinhilf H. K. Sie können gegen den zum Heredienst eingezogenen Schuldner jetzt nichts unternehmen. Die Heredierung verfährt erst mit dem Schluß des Jahres 1916. — Marie S. Wenn die Mitgliedschaft in der Krankenkasse durch Welterzahlung der Beiträge nach der Einberufung des Gemeindevorstandes aufrecht erhalten worden ist, haben Sie Anspruch auf Sterbegeld. — Weiteude 50. Der mit Heredienst befreite Mann kann nicht zum Heredienst eingezogen werden. — No. 1916. 1. Die Angabe der Arbeitsstätte kann verlangt werden. 2. Sie machen sich nicht strafbar, können aber zu der Angabe gezwungen werden. 3. Nein. 4. Wenn Ihre Einkommen über 3000 M. jährlich beträgt, es kann aber auch verlangt werden, daß Sie Ihre Selbstbeschäftigung schon bei niedrigerem Einkommen vornehmen müssen. 5. Ja. — Unglückliche 400. Es wird gewöhnlich auf eine Geldstrafe erkannt, es kann aber auch eine Gefängnisstrafe verhängt werden. — H. R. N. 1. und 2. Nein. — Ratmann. Sie sind zur Abgabe der Gegenstände verpflichtet; können aber einen Antrag auf Freigabe einreichen. — W. J. 32. 1. Eine Klage auf Schadenersatz wird wenig Aussicht auf Erfolg haben, da Sie schwerlich jetzt noch den Beweis dafür erbringen können, daß Ihre Krankheit durch ein Verschulden der Firma entstanden ist. 2. Sie können auf Armenrecht klagen. — Grabowitzer. Ja. — S. 2. 47. Sie selbst werden dazu nichts tun können. Ihr Mann wird, wenn der Arzt ihn für dienstuntauglich erklärt, entlassen werden.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstag mittig. Nimmlich mild und zeitweise heiter, jedoch unabhängig und an den meisten Orten geringe Niederschläge.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 1. Berliner Reichstagswahlkr. Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß unser Genosse, der Schneider

August Ziege am 13. Februar verstorben ist. Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 17. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Dreifaltigkeits-Kirchhofes in Mariendorf aus statt. Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreises. Frankfurter Viertel. Bez. 254. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Schriftfeger

Fritz Andreas (Kastnerstraße 13) gestorben ist. Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Mittwochs, den 16. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. Um rege Beteiligung ersucht. Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln.

Am 11. Februar verstarb unser Parteigenosse

Karl Schütze Sanderstraße 18. 1. Bezirk. Ehre seinem Andenken!

Die Einäscherung findet heute Mittwochs, den 16. Februar, nachmittags 3 Uhr, im Krematorium zu Krepitz, Riechholzstraße, statt. Um rege Beteiligung ersucht. Der Vorstand.

Verh. d. Schneider, Schneiderinnen u. Wäschearbeiter Deutschlands.

Filiale Berlin. Unseren Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß der Herren-

August Ziege geb. 11. 5. 65 am 13. Februar ex. verstorben ist. Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 17. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Dreifaltigkeits-Kirchhofes, Mariendorf, aus statt. Die Ortsverwaltung.

Haben Sie Stoff? Ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Mass, schick, dauerh. Zutaten von 28 Mark an. Moritz Laband, Neue Promenade 8, 11. (Stadtbr.)

Am Sonntag, den 13. Februar, früh 5 1/2 Uhr, entschlief sanft nach langer, schwerer Krankheit meine innigstgeliebte Frau, unsere herzensgute Mutter, Schwieger-, Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante, Frau

Martha Petrich geb. Dünker im 55. Lebensjahre. Alle, die die Verstorbene gekannt haben, wissen unseren Schmerz zu würdigen. Im Namen der trauernden Hinterbliebenen

Otto Petrich als Witte nebst Kindern. Die Beerdigung findet am Donnerstagnachmittag 4 Uhr vom Trauerhause, Adlershof, Hoffmannstraße 24, aus statt.

Am Montag, den 14. d. Mts., früh 4 Uhr, entschlief sanft nach langem, schwerem Leiden im vollendeten 58. Lebensjahre mein schaffensreicher, lieber Mann und treuerstehender Vater, Groß- und Schwiegervater, der Kaufmann

Bruno Grahl Inhaber der Kfz-Fabrik Philipp Gutke, O 25, Randsberger Straße 69.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen: Elise Grahl geb. Grünh., NW 21, Alt-Roabit 82 b. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 17. d. Mts., von der Kapelle des Heilandfriedhofes in Pflögenfeld aus statt. 268b

Witten aus voller Wirksamkeit, nach langem, schwerem Leiden entschlief am Montag, den 14. d. Mts., unser hochverehrter Ehel., der Kaufmann

Bruno Grahl. Stets ein Vorbild eifrigen Strebens und selten Pflichtvergessens, verbunden mit der ihm angeborenen Herzengüte und Wohlwollen, welches er jedem von uns stets entgegenbrachte, werden wir ihm ein unvergessliches Gedenken bewahren.

Die Angehörigen der Firma Philipp Gutke, Kfz-Fabrik u. Weinhandlung, Randsberger Str. 69.

Deutscher Holzarbeiterverband.

Zahlestelle Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler

Rudolf Schlick Hilowstr. 53 im Alter von 64 Jahren gestorben ist. Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet morgen Donnerstag, den 17. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes der Luther-Kirchengemeinde in Lantow aus statt.

Nachruf. Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Drechsler

Franz Knoll Hilowstr. 15 im Alter von 38 Jahren gestorben ist. Ehre seinem Andenken!

Ich halte durch

und bin hierfür der allgemeinen Anerkennung meiner Kundschaft sicher!

- Loden-Pelerinen M. 13,-
- Loden-Mäntel M. 10,-
- Modell-Röcke, Glockenturm mit Trägern, recht weich, Kammgarn und viele andere Stoffarten M. 10,-
- Tuch-Frauen-Mäntel M. 25,-
- Pflüschmäntel, Seidenplüsch, Wollplüsch auf Damasse (Blumenseide gefärbt), hochfeine Qualität mit soeben Pelzkragen und Klappen u. 134, 96, 58,-
- Astrachan-Mäntel, beste Mohawara a. Pflüschfutter M. 65,- 48,- 32,-
- Modell-Kostüme Frühjahr 1916, alle Farben, blau, neoblau, braun, grün, die ge-sammelschönen Formen, mit weissen Glocken-röcken, in Taft, Liberty, Kamm-garn, M. 112,- 92,- 68,- 48,- 34,-
- Einfache, aber gediegene wirkende Kostüme in Kammgarn und Fantasie-stoffen, ganz glatt, M. 30,- 25,-
- Gummimäntel in Wolle und Seide und in modernen Farben, neublau, sport, reseda, weisse, Hoekschneid, darschneid, Gum-mierung, M. 45,- 37,- 26,- 21,- 15,-
- Gummimäntel in schwarz für Trauer M. 18,- 15,-
- Herrn-Gummimäntel (Offizier-) M. 39,- 26,- 22,-
- mäntel, Seel elektro-kamin, hdbbeho, geschmack-volle Ausführung M. 100,-
- Persianer-jacken M. 200,-
- Bluzen Feizacken M. 50,-
- mäntel, wasser-dicht, Koverkot, Popelins, sehr weisse Schnitt, M. 20,-
- Baumfisch-kostüme von M. 18,- an
- Koverkot-mäntel, ausgesucht ge-diegen, auf gestreifter Seide gefärbt, 48,- 37,- 29,- 24,-

Einsegnungskleider schon von 15 Mark an. Auswahlen nach außerhalb gegen Anzahlung und Umtausch. Starke Figuren finden Passendes in allen Abteilungen. Sonntag 12-2 geöffnet. I. Mohrenstr. 77a (Kolonnaden) II. Gr. Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstr.)

Westmann

Die Glocke

Sozialistische Halbmonatsschrift Herausgeber Parvus.

Heft 12 soeben erschienen: Inhalt:

Hugo Heinemann: Mehr Verantwortlichkeitsgefühl! / Joh. Leimpeters: Was uns die Politik des 4. August brachte / A. Ellinger-Hamburg: Der Krieg und die Lebenshaltung der Arbeiterschaft / L. Rosenmann: Der Eintritt der poln. Sozialdemokraten in den Polenklub / Louis Cohn: Rudolf Lavant / Edgar Steiger: Das Rätsel Strindberg / Aus unserer Sammelmappe.

Jedes Heft 25 Pf. Vierteljährl. 1.50 M.

Vorrätig in allen Buchhandlungen, Kolportagegeschäften u. Zeitungskiosken, auch alle Postanstalten übernehmen Bestellungen.

Probenummern umsonst und portofrei durch den Verlag für Sozialwissenschaft

G. m. b. H. München, Altheimerack 19.

Reuters Werke Heines Werke

3 Bände 4 Mark Buchhandlung Vorwärts 3 Bände 4 Mark Buchhandlung Vorwärts

A. Jandorf & Co

Belle-Alliancestr. Gr. Frankfurterstr. Brunnenstr. Kottbuser Damm Wilmersdorferstr.

- 6 Kompott-teller Porzellan 45 Pl.
- 1 Flasche Mundwasser 45 Pl.
- 1 Poesie-Album Leinwandband 45 Pl.
- 6 Gasglühlichtzylinder 45 Pl.
- 3 Speiseteller Porzellan 45 Pl.
- 1 Frisierkamm 45 Pl.
- 4 Milchtöpfe dekoriert 45 Pl.

- ### Glas
- 1 Salatschüssel gross... zusammen 45 Pl.
 - 4 Salatschüsseln klein... zusammen 45 Pl.
 - 5 Bierbecher hohe Form 45 Pl.
 - 6 Wassergläser 45 Pl.
 - 1 Wasserflasche... zusammen 45 Pl.
 - 2 Gläser... zusammen 45 Pl.
 - 1 Obstschale mit 2 Henkeln 45 Pl.
 - 3 Schüsseln hübsches Pressmuster Satz 45 Pl.
 - 1 Butterdose... zusammen 45 Pl.
 - 1 Zuckerschale... zusammen 45 Pl.
 - 6 Kompottschüsseln 45 Pl.
 - 1 Blumenvase hübsches Pressmuster 45 Pl.
 - 1 Wasserflasche mit Schliff 45 Pl.
 - 2 Blumenvasen... 45 Pl.
 - 4 Bierbecher mit Bordüre 45 Pl.

- ### Wirtschaftsartikel
- 1 Handtuchhalter... 45 Pl.
 - 1 Küchenkonsol... 45 Pl.
 - 1 Durchschlag... zusammen 45 Pl.
 - 1 Reibeisen... 45 Pl.
 - 1 Teesieb... 45 Pl.
 - 1 Müllschippe... 45 Pl.
 - 1 Fensterreimer... 45 Pl.
 - 1 Pfeffermühle... 45 Pl.
 - 1 Büchsenöffner... zusammen 45 Pl.
 - 1 Korkenzieher... zusammen 45 Pl.
 - 1 Schwebbürste... 45 Pl.
 - 1 Staubwedel... 45 Pl.
 - 1 Kleiderbürste... 45 Pl.
 - 1 Bewürzschrank... 45 Pl.
 - 2 Schock Klammern... 45 Pl.
 - 1 Kopfbürste... 45 Pl.
 - 25 Briefbogen... zusammen 45 Pl.
 - 25 Umschläge goldgelb. Leinwand. 45 Pl.
 - 12 Bromsilberpostkarten 45 Pl.
 - 1 Brieftasche mit Notizbuch 45 Pl.
 - 1 Album für 100 Feldpostkarten 45 Pl.

- ### Emalle
- 1 Seihenhalter mit Sieb für die Wand 45 Pl.
 - 1 Reibeisen 45 Pl.
 - 1 Schmortopf 45 Pl.
 - 1 Essenträger 45 Pl.
 - 1 Maschinentopf 13 oder 14 cm... 45 Pl.
 - 2 Schöpftöpfe 13 cm... 45 Pl.
 - 1 Kuchenschüssel 26 cm 45 Pl.
 - 1 Schaffnerkanne 45 Pl.
 - 1 Milchkanne mit Tassen-Deckel... 45 Pl.
 - 1 Müllschaufel... 45 Pl.
 - 1 Kasserolle 14 cm 45 Pl.
 - 4 Emailleteller... 45 Pl.
 - 1 Schaumlöffel... zusammen 45 Pl.
 - 1 Schöpflöffel... zusammen 45 Pl.
 - 1 Bratpfanne mit Stiel... 45 Pl.

- ### Steingut
- 2 Kompott- od. Salatschüsseln 45 Pl.
 - 1 Essig- oder Oelflasche mit Gold- oder Kantendekor... 45 Pl.
 - 1 Bratenplatte Festform. 45 Pl.
 - 3 Kaffeetassen mit Untertassen, blau Zwiebelmuster... 45 Pl.
 - 4 Kaffeetassen mit Untertassen, weiss... 45 Pl.
 - 1 Nachgeschirr elfenbein- oder bunt... 45 Pl.
 - 1 Waschgarniturschüssel elfenbein- oder bunt... 45 Pl.
 - 1 Waschgarniturkanne elfenbein- oder bunt... 45 Pl.
 - 3 Kaffeetassen hübsch dekoriert... 45 Pl.
- ### Galanterie
- 1 Stellspiegel mit vernickeltem Rand... 45 Pl.
 - 1 Geldtasche für Damen oder Herren... 45 Pl.
 - 1 Halskette Silber 800/1000 gestempelt... 45 Pl.
 - 1 Wandspiegel mit Holzrahmen 22x28cm Silber mit patriotischem Abzeichen, 800/1000 gestempelt... 45 Pl.
 - 1 Kinderring Silber mit patriotischem Abzeichen, 800/1000 gestempelt... 45 Pl.
 - 1 Rasirgarnitur 45 Pl.
 - 1 Naokenkamm... 45 Pl.

- 1 Flasche Franzbranntwein 45 Pl.
- 6 Pakete Blitz-Lack 45 Pl.
- 1 Gasanzünder mit 6 Ersatzstücken 45 Pl.
- 1 Messputzbrett 45 Pl.
- 50 Berliner Ansichtspostkarten bunt 45 Pl.
- 1 Durchschlag Emaille 45 Pl.
- 1 Na'ner 1 Rolle Papier 100 Blatt 45 Pl.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Zimmerer

Ersatzkasse — Oertliche Verwaltung Berlin.
Mittwoch, den 16. Februar, abends 8 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
im Gewerkschaftshause, Engelsfer 15.

Tagesordnung:

1. Abrechnung vom Jahre 1915.
2. Wahl der Revisoren.
3. Die Befreiung der Erkranktenmitglieder bei den Krankentagen, welche Wochenbeiträge erheben.

Der Vorstand: J. A. H. H. a. r. d. S. a. r. d. e. r, Berlin O., Kusterstr. 7, u. IV.

Zentralverband der Handlungsgehilfen.

Ortsgruppe Groß-Berlin.

Morgen Donnerstag, den 17. Februar, abends 8 1/2 Uhr,
in den Wasserfällen, Kaiser-Wilhelm-Strasse 31:
Außerordentliche General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Antwort des Hauptvorstandes auf die Resolution.
2. Wahlen zur Ortsverwaltung.

Die Versammlung beginnt pünktlich 8 1/2 Uhr, da sie um 11 Uhr beendet sein muß. Mitgliedsbuch ist vorzulegen.
Um vollständiges Erscheinen ersucht
Die Ortsverwaltung.

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“

Berlin C. A. Hahnisch, Katerstr. 174.
O. Karl Welle, Petersburger Platz 4. R. Wengel, Kantstraße 36.
No. 2. Juch, Annamüllersstr. 12.
N. A. Wolgast, Wallstraße 2. G. Hülcher, Dastanstraße 6.
Karl Wiers, Oranienburger Str. 22. J. Hönisch, Köpenicker Str. 31a.
G. Vogel, Vorpoststr. 17.
NW. Salomon Jofsch, Wilhelmshagen Str. 48.
SW. G. Schmidt, Bismarckstr. 42.
S. St. Frits, Brinowstr. 31. G. Schwann, Kottbuser Damm 8.
SO. Paul Böhm, Raupacher Platz 14/15. V. Gorich, Engelsfer 15.
Adlershof. Karl Schwarze, Bismarckstr. 28.
Baumschulenweg. G. Hornig, Marienbader Str. 13. L.
Borsigwalde. Paul Kienak, Katerstr. 10.
Charlottenburg. Gustav Schürberg, Selendamer Str. 1.
Friedrichshagen. Ernst Wermann, Köpenicker Str. 18.
Grünau. Franz Klein, Friedrichstr. 10.
Johannisthal. Max Genscher, Varstr. 23.
Karlshorst. Hermann Billing, Dönhofsstr. 23.
Köpenick. Emil Wöhler, Katerstr. 6. Laden.
Lichtenberg I. Cito Zeifel, Wartenbergstr. 1.
Lichtenberg II. A. Noientanz, Alt-Bogdang 56.
Neukölln. W. Detrich, Redarstr. 2. G. Rohr, Stegried-Str. 28/29.
Nieder-Schöneweide. W. H. Kurah, Bräudenstr. 10.
Nowawes. Karl Kroschke, Friedrichsplatz 27.
Ober-Schöneweide. Alfred Bader, Wilhelmsdorferstr. 17. Laden.
Pankow. Cito Krumm, Mühlentw. 30.
Reinickendorf. V. Gurich, Brönnichstr. 56. Laden.
Schöneberg. Wilhelm Bäumer, Martin-Luther-Str. 69 im Laden.
Spandau. Schuhmacher, Grottelstr. 64.
Steglitz. G. Bernice, Katerstr. 5.
Tempelhof. Joh. Krohn, Vorpoststr. 62.
Treptow. Robert Gramsch, Steigholzstr. 412. Laden.
Weißensee. Gustav Klotz, Berliner Allee 11.
Wilmersdorf. Paul Saubert, Wilmersdorferstr. 27.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband

Zahlstelle Berlin.
Bureau: Dragonerstraße 6a II.

Heute Mittwoch, den 16. Februar, abends 8 Uhr, in den
Wasserfällen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31 (gr. Saal), 1 Treppe:
Mitglieder - Versammlung.

Tagesordnung:

1. Abrechnung vom 4. Quartal 1915. Bericht und Jahresabrechnung für das Jahr 1915.
2. Antrag der Ortsverwaltung behufs Erhöhung des Zotalbeitrages.
3. Verbandangelegenheiten.

Kollegen und Kollegen! Es ist eure Pflicht, in dieser Versammlung zu erscheinen.
1872
Die Ortsverwaltung.

Rheuma, Kopf- und Nervenschmerzen.

Kann Logal jedem Leidensgenossen aufs wärmste empfehlen.

Hr. Marie Obermeyer, München, schreibt: „Ein halbes Jahr lag ich schwer krank im Krankenhaus und wurde nachher noch sehr von Rheumatismus in den Beinen und nervösen Kopfschmerzen geplagt, so daß ich vollkommen geschwächt war und meine Beine mich nicht tragen wollten. Nur durch den Gebrauch von Logal-Tabletten bin ich von diesen unerträglichen Schmerzen wieder befreit worden und ich bin jetzt zu meinem größten Glück wieder vollkommen hergestellt. Ich kann daher die Tabletten aus bester Erfahrung jedem Leidensgenossen aufs wärmste empfehlen. Auch greifen sie weder Herz noch Magen an.“ Ein Veriauch wird jeden von der Vorzüglichkeit des Logal überzeugen. Es wirkt nicht nur rasch und sicher bei Rheuma und nervösen Kopfschmerzen, sondern auch bei Gelenks-, Hals-, Schenkel-, in den Gelenken und Gliedern, Gicht, Infarkus sowie bei allen Arten von Nervenschmerzen. Kezglich glänzend begutachtet. In allen Apotheken erhältlich.

Alkoholfr. Getränke
Franz Abraham
Karl Meissner u. Römertrank-Kell.
C. 26 Barabstr. 2a, Fernsp. Kr. 12705

Bad-Anstalten
Central-Bad Neukölln Anzengruberstr. 23.
Diana-Bad Köpenickerstr. 55 sämtliche Bäder.
National-Bad, Brunnenstr. 3.
Passage-Bad Kottbuser Damm 79.
Reform-Bad, Wiener Str. 64.
Bäder- u. Konditoreien
Hr. Friedrich, Eisenbahnstr. 31.

Oskar Hanke's Brotbäckerei
73 Geschäfte
in allen Stadtteilen Berlins
sowie in Neukölln u. Treptow
Geogründet 1892.

F. Klesowetter, Schivelbinderstr. 15.
Felix Kynast, Dänenstr. 4.
G. Meier, Grünerweg 27.
Fr. Pribyl, Osnabrückerstr. 34.
Turban Pflaster in allen Stadtteilen.
Emil Werk, Samariterstr. 8.
Otto Wolff, Treptow, Kröllstr. 16
Zachau, Gr.-Lichterf., Cassenest. 35a
Paul Zastrow, Stromstr. 33.

Bekanntg. Gummiw.
R. Banke, Straßener Str. 54.
E. Kraus, Kommandantenstr. 54.
A. E. Lange, Brunnenstr. 168
Eisen, Stahl u. Wollen, Werkz.
Carl Jung, Stromstr. 11.
Rühlmann, P. Müllerstr. 40b, E. Seest

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Butter, Eier, Käse
Wilhelm Göbel
25 eigene Fülliken.

August Holz
15 Detail-Geschäfte.
Herm. Kunert, Culmstr. 29

Gebrüder Manns
45 eigene Detailgeschäfte

Kosmalla, E., 4 Detail-Geschäfte

Schröter, R.
43 Verkaufsstellen 43

Uhly & Wolfram
Bierbrauerei, Bierhandlg.

Brauerei Bötzwow
empfehlen
Qualitätsbiere

Osw. Berliner
Ur-Berliner, hell und dunkel

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Brauerei Königstadt
feinste Qualitätsbiere.

C. Habels Brauerei
hell - Malzbiere - dunkel.

Münchener Brauhaus
Berlin und Oranienburg
Trinkt Wanninger Bier!

Spandauerberg-Brauerei

Weissbier, C. Breithaupt
Falkenstr. 87 Tel. 5201, 5202

Cigarrenfabriken

JUHL
250 GESCHÄFTE

J. Neumann
200 Niederlagen
Essigfabriken

Timmer-Essig
Überall erhältlich!

Cacao, Schokolade, Confitüren

SAROTTI
Kakao und Schokolade
preiswert
besteht in jedem Haushalt.

Drogen und Farben
Werder-Druggerie, Br. Kadawerstr. 55

Fleisch- u. Wurstw.

W. Beck
Inh.: Norm. Gerbesch
Charlottenburg, Berlinerstr. 68-69
Fleisch- und Wurstwarenfabrik
Willy Gericks, Petersburgerstr. 31
Otto Kengel, Alte Jacobstr. 26
Luebbe, Joh. Fleisch- u. Wurstfabr.
Rostockerstr. 43.

A. Möbes Ndhf.
Fleischwaren u. Wurstfabrik
Berlin N 24 Oranienburgerstr. 1

Paul Zwarg, Landsberg-Allee 133.
Hüte, Mützen, Pelzwaren

Schoer, Herm., Wilmersd.-St. 46.

Vester, E. Kottbuser-Damm 18/19

Kolonialwaren
Fritz Häbner, Schlemmerstr. 11.
Franz Richter, Malplaquetstr. 35/25

Herron-u. Knabengard.
J. Baer Radstr. 26, Ecke Prinzen-Allee.
Fabrisch & Co. Rosenthalerstr. 1.
Leske & Stuepke, Schick-Allee 79a

Kaffee-Rösterei

A. Zuntz sel. Wwe.
Fülliken und Niederlagen
in allen Stadtteilen
Nur reelle Qualitäten

Auswärtig verteilte Hauptorte
Kaffee, Tee, Kakao
und Schokolade etc.

Hamburger Kaffee-Importgeschäft
Emil Tengelmann

kurz, Weiss, Wollw., Trikotag.
Hermann Meyer, Schivelbinderstr. 21.

Mehlhandlungen

Bethke, Georg, Kalkauer-Str. 44-Neukölln, Müntzstr. 23, Kaiser-Friedr.-Str. 64, Weststr. 129, Friedländer-Str. 23, Treptow, Oranienburgerstr. 64.

Gaeger, Otto Charlottenburg.
F. Pfingstsch, Colonnadenstr. 68.
F. W. Sichter Ecke Currystr.

Nähmaschinen
Bellmann, E., Gallowsstr. 26
Nähmaschinen

Singer
Nähmaschinen
Läden in allen Stadtteilen.

Optiker, Mechaniker
Groß, Paul, Werschauserstr. 66.
Schubert, Carl, Nolln, Bergstr. 14

Photogr. Apparate

M. Albrecht 30. Kottbuserstr. 3.
auch Gelegenheitskff.
Photo-Jensen, Hauptstr. 23.

Schreibwaren
O. Frachnow, Nolln, Hermannstr. 63
Wolke, Likdör, Frölichstr.

Hugo Böling
60 Filialen in allen Stadtteilen.

Herm. Meyer & Co. Act. Ges.
ca. 550 Verkaufsstell. Gr.-Berl.

Underberg
Bismarck
SEMPER IDEM
anerkant bester Bi-terlikör

Meierei C. Bolle

A.-G.
Berlin N. W. 21 Alt Moabit
111 95/100 "

Alttestet und grösster
Milchwirtschaftlicher
Grossbetrieb

Molkerelen

„Schweizerhof“
Meierei und Milchverarbeitungsanstalt.
Emdener Str. 48. u. Tel. II 556.

„Uhran u. Goldwaren
Lehmann, Alb., Frankf. Allee 46

Versicherungen

„Deutschland“ Berlin
Arbeiterversicherung — Schützen-
Sterbekassenversicherung — strasse 2.
Wirtschaften, Etablissements.

Backepeter Schönberg
Hauptstr. 139.
O. R. Schloß, Oranienburgerstr. 11, Bismarck-Platz 11

Original-Schultheiß-Ausschank
Alexanderpl., Rich. Schloßles.

Mahlerhof
Franz A. Pagel, Kolonialwaren

Wanderdorf
H. Wagner, Köpenickerstr. 11, Finken-Weg